

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Sigrid Metz-Göckel u. a.
Arbeitsplatz Hochschule:
Frauen in Forschung und Lehre

Horst Zilleßen
Was heißt hier eigentlich
kommunistische Unterwanderung?
Eine Stellungnahme auf den
Beitrag von Vilmar/Rudzio (B 46/81)

Wolfgang Rudzio
Rauch – aber kein Feuer?
Eine Antwort auf den
Beitrag von H. Zilleßen

ISSN 0479-611 X

B 6/82
13. Februar 1982

Claudia Billotet-Hoffmann, Wissenschaftliche Assistentin im Fach Physik an der Universität-Gesamthochschule Essen.

Brigitte Demes, Wissenschaftliche Assistentin im Fach Anthropologie/Funktionelle Morphologie der Universität Bochum.

Margot Gebhardt-Benischke, Dr. jur., Akademische Oberrätin für Rechtswissenschaft an der Gesamthochschule Wuppertal.

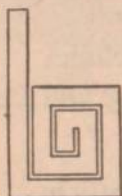
Sigrid Metz-Göckel, Prof. Dr., Leiterin des Hochschuldidaktischen Zentrums der Universität Dortmund.

Brigitte Neber, Dr., Wissenschaftliche Assistentin im Fach Psychologie an der Universität-Gesamthochschule Essen.

Anne Schlüter, Erziehungswissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Drittmittelprojekt zur beruflichen Bildung an der Universität Bochum.

Horst Zilleßen, Dr. rer. pol., geb. 1938; Studium der Politischen Wissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Geschichte in Köln; von 1963 bis 1969 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sozialethischen Ausschuß der Evangelischen Kirche im Rheinland, Velbert; von 1970 bis 1980 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der evangelischen Kirchen in Deutschland, Bochum; Präsident der Universität Oldenburg.

Wolfgang Rudzio, Dr. phil., geb. 1935; seit 1972 Professor für Politische Wissenschaft, zunächst an der Universität Frankfurt, dann an der Universität Oldenburg.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77¹ Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Arbeitsplatz Hochschule: Frauen in Forschung und Lehre

I. Der Weg zum Studium für Frauen war widerstandsreich — der Weg in die wissenschaftliche Berufstätigkeit ist es heute noch

Als 1908 für Frauen in Deutschland die Zulassung zur Immatrikulation erkämpft war, war damit immer noch nicht eine Berechtigung zur Zulassung zu staatlichen oder kirchlichen Prüfungen, Doktorprüfungen und Habilitationen verbunden. In diesem Kampf um das Studium für Frauen und die Frauenberufstätigkeit engagierten sich viele Lehrerinnen, deren Ausbildung und Berufstätigkeit damals besonderen diskriminierenden Bedingungen unterworfen waren (Zölibat der Lehrerinnen, niedrigeres Gehalt etc.). An den schrittweisen Erfolgen in der Verwirklichung des „Frauenstudiums“ wird deutlich, daß den nach qualifizierter Berufstätigkeit strebenden Frauen gerade die ökonomische Unabhängigkeit durch eine qualifizierte Berufstätigkeit vorenthalten werden sollte, weniger die allgemeine Bildung. Diese kam implizit auch den potentiellen Ehemännern zugute und wurde mit dieser Begründung auch argumentativ von Männern vertreten.

Die Befähigung zum wissenschaftlichen Lehramt, das Habilitationsrecht, also die Möglichkeit zur Ausübung von Wissenschaft als Beruf, erhielten die Frauen erst nach dem Ersten Weltkrieg. Deutsche Frauen konnten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nur im Ausland stu-

dieren — hier waren die Schweiz, England, Frankreich, Belgien, Rußland und Schweden den Deutschen voraus. 1920 wurden in Preußen die ersten Frauen zum akademischen Lehramt zugelassen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das stetige Ansteigen der Studentinnenzahlen auch in den naturwissenschaftlichen Fächern Physik und Mathematik. Ihr Anteil erhöhte sich bis auf 25% während der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts. Diese Entwicklung wurde gestoppt durch den numerus clausus für Frauen in der NS-Zeit. Der Frauenanteil an der deutschen Studentenschaft wurde auf 10% beschränkt. Der Studentinnenanteil sank daher in den dreißiger Jahren um 60%. Gleichzeitig wurde durch eine systematische Bevorzugung von Männern bei der Besetzung höherer Stellen die berufstätige Frau (oder die, die es werden wollte) vor besondere Behinderungen gestellt und auch entsprechend diffamiert (Doppelverdienertum, Karriereweib¹⁾). Durch diese gewaltsame Behinderung einer qualifizierten Berufstätigkeit der Frauen im Faschismus²⁾ und die Entfernung von Frauen aus der Wissenschaft entstand eine große Lücke in der Rekrutierung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses.

II. Die Situation von Frauen an den Hochschulen nach 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es nur sehr wenige Frauen, die sich zur Hochschullehrerin qualifizieren konnten — dabei ist es auch geblieben. Der Anteil der Studentinnen erhöhte sich nach 1945 kontinuierlich. Die Steigerungsrate des Frauenanteils an den Studenten und Studienanfängern für das Land Nordrhein-Westfalen beträgt 22% für den Zeitraum 1971/72 bis 1978/79³⁾.

Zu diesem Zeitpunkt lag der Studentinnenanteil bei 36,5%. Eine noch größere Steigerungsrate weisen die Fachhochschul-Studentinnen

auf. Betrachtet man allerdings die Verteilung der Studentinnen auf die einzelnen Fächer-

¹⁾ Vgl. I. Schmidt-Harzbach, Kampf ums Frauenstudium, in: Frauen und Wissenschaft, Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, 1976, Berlin 1977.

²⁾ In den Schulungsbriefen der NSDAP wird die Frau auf Mutterschaft reduziert — Die Heldin, nicht die Amazone ist das Leitbild; vgl. Deutsches Frauentum in schwerer Zeit, Hrsg.: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP Berlin, VII. Jg. 7, 18. Folge, 1940.

³⁾ Handbuch Hochschulen in NW. Hrsg.: Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes

gruppen, findet man auch hier wie auf den anderen Ebenen der Berufsausbildung eine bevorzugte Wahl von frauentypischen und „hausfrauennahen Berufen“. Fast die Hälfte der Studierenden in den Geisteswissenschaften sind weiblich, in den Sprachwissenschaften über 60%, in den Naturwissenschaften und der Medizin ca. 33%, in den Ingenieurwissenschaften nur 6 bzw. 8%⁴⁾.

Die Entwicklungen bei den Studentinnen finden noch keinerlei Entsprechung auf der Stufe

der Lehrenden. In der Dokumentation zur Situation von Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen von Nordrhein-Westfalen sind in einer Eigenauswertung der Vorlesungsverzeichnisse vom Sommersemester 1980 einige schockierende Zahlen über den quantitativen Anteil von Frauen und Männern in den verschiedenen Hierarchiestufen des wissenschaftlichen Lehrkörpers und bei den Studierenden ermittelt worden (soweit sie ermittelbar waren)⁵⁾. Hier nur einige Daten:

| Hochschule | Professorinnen (C 4) in % | Absolut | Assistentinnen | Studentinnen |
|----------------------|------------------------------|---------|----------------|--------------|
| Bochum | 1,4% | 4 | 8,2% | 35,1 % |
| PH-Ruhr, Dortmund | 9,0% | 8 | 24,0% | 65,0 % |
| Universität Dortmund | 1,0% | 1 | 4,0% | — |
| Duisburg | 3,1% | 3 | 13,4% | 37,7 % |
| Essen | 2,0% | 3 | 13,0% | — |
| Wuppertal | 2,0% | 2 | 14,0% | — |
| Bielefeld | 0,9% | 1 | 12,1% | — |
| Aachen | 0,8% | 2 | — | 28,31 % |

Sieht man von der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Ruhr ab, so erreicht keine der Hochschulen im Revier, keine der neuen Gesamthochschulgründungen einen Frauenanteil bei den Lehrstuhlinhabern von 5%. Etwas besser sieht es bei den wissenschaftlichen Assistenten aus, aber die Diskrepanz zu den steigenden Studentinnenzahlen, ihrer zunehmenden Berufsorientierung und den konkreten Berufschancen von Frauen ist doch eklatant. In der Individualerhebung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen wurde zum Zeitpunkt 30. Juni 1977 für Nordrhein-Westfalen ein Anteil weiblicher Professoren von 5,2% ermittelt, ein Anteil weiblicher Fachhochschullehrer von 5,4%.

In den mittleren und unteren Positionen des akademischen Hochschulpersonals liegen die Anteile der Frauen vergleichsweise höher:

| | |
|--|---------------------|
| Wissenschaftliche Assistentinnen: | 10,8% |
| Wissenschaftliche Angestellte und Mitarbeiter: | 17,7% |
| Studienprofessoren und -räte: | 22,3% |
| Lehrkräfte für besondere Aufgaben: | 24,8% |
| Lektoren: | 37,2% ⁶⁾ |

Die Zahlen für den Bundesdurchschnitt sehen nicht viel anders aus: Professorinnen sind eine marginale Größe im Lehrkörper an den Hochschulen. Im Mittelbau, hier insbesondere auf den befristeten Stellen, finden wir gegenwärtig noch einen Anteil von Frauen zwischen 10 und 20%. Aber wie lange noch, wenn man die Auswirkungen der neuen Personalstruktur im Mittelbau, die „Sparpolitik“ der Landesregierungen und die Praktiken der Berufungskommissionen bedenkt?

NW, Düsseldorf 1979, S. 391. Es weist bei der 40 Seiten umfassenden Personalstatistik der Hochschulen keine geschlechtsspezifische Differenzierung aus.

⁴⁾ Ebd., S. 392. Die letzten hochschulstatistischen Auswertungen (WS 1979/80) weisen allerdings eine Tendenzwende auf. Die Steigerungsraten des Studentinnenanteils in den Ingenieur-, in den Natur- und in der Rechtswissenschaft betragen das vierfache gegenüber dem WS 1970/71 und beinhalten gleichzeitig einen relativen Rückgang in den Lehrstudiengängen; vgl. D. Schäfer/K. Imhäuser, Schul- und Hochschulbesuch seit 1969, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Dezember 1980.

⁵⁾ Memorandum und Dokumentation zur Situation von Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen von NW und Vorschläge zu ihrer Verbesserung, 2. Auflage, Januar 1981, hrsg. vom Arbeitskreis der Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen von NW. Dieser Arbeitskreis hat sich im Januar 1980 aus einer Initiative von Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen des Ruhrgebiets gebildet. Das Memorandum ist zu erhalten beim Hochschuldidaktischen Zentrum der Universität Dortmund, Rheinlanddamm 199, 4600 Dortmund.

⁶⁾ W. v. Dietrich, Zur Struktur des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, September 1980, S. 547.

Der Arbeitskreis der Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen von Nordrhein-Westfalen (vgl. Anmerkung 5) hat insbesondere die prekären Berufsperspektiven der Wissenschaftlerinnen auf *Zeitstellen* zum Anlaß genommen,

auf die Verwirklichung des Gebots der Chancengleichheit für Frauen im Wissenschaftsbetrieb hinzuweisen und Vorschläge zur Verbesserung vorzulegen.

III. Selbstorganisationen und wissenschaftliche Infrastruktur für Frauen

Die erste politische Selbsthilfeaktivität im Bereich der akademischen Frauenbildung war im 19. Jahrhundert die Gründung einer Frauenhochschule in Hamburg (1848—1852). Sie vertrat auch einen radikalen Ansatz in der Berufsausbildung für Frauen: „Hier wurde die vielfach behauptete Unvereinbarkeit von Berufstätigkeit und traditioneller Frauenrolle in Frage gestellt. Vorlesungen wurden in den üblichen Disziplinen gehalten, ferner in Mathematik, Physik, Chemie, Astronomie und Geschichte. Finanzielle Schwierigkeiten sowie der sich verstärkende Druck der Reaktion führten zur Schließung der Hochschule.“⁷⁾ Ebenso erging es der ersten deutschen Frauenzeitung (1849—1852).

Die Forderung ist daher alt: Nicht nur Zulassung zum Studium für Frauen, sondern Erschließung der auf wissenschaftlichen Studien beruhenden Berufe und damit auch der Wissenschaft als Arbeitsplatz.

Von der erreichten formalen Zulassung zum Studium der Frauen bis zum Aufbau einer eigenen wissenschaftlichen Infrastruktur ist es relativ ruhig geblieben. Vereinzelt haben Wissenschaftlerinnen seit Beginn der siebziger Jahre über feministische Themen geforscht und gelehrt. In den USA ist es seit 1970 bereits zu Zusammenschlüssen gekommen; z. T. angeregt durch das amerikanische Vorbild, z. T. in der Nachphase der Studentebewegung in der Bundesrepublik sind an deutschen Hochschulen die ersten Frauenseminare entstanden. In Deutschland haben sich zuerst die Soziologinnen organisiert. Allmählich tun sich auch auf anderen Fachgebieten Wissenschaftlerinnen zusammen; besonders aktiv sind auch einige Linguistinnen. Seit dem Soziologentag in Bielefeld 1976 bildeten sich eigene größere Wissenschaftlerinnenvereinigungen heraus. 1978 wurde der *Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen* gegründet,

der 1980 über 400 Mitgliederinnen hatte. Das Forschungsregister der 1979 offiziell gegründeten *Sektion Frauenforschung* in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie enthält über 450 Frauen, die sich auch inhaltlich mit der Frauenthematik in Forschung und Lehre befassen. Diese Zahlen erfassen keineswegs die Gesamtheit der engagierten Wissenschaftlerinnen der Frauenforschung und der Frauenstudien. Da Frauenstudien und Frauenforschung ein interdisziplinäres Vorgehen erfordern, finden sich Wissenschaftlerinnen über ihre jeweiligen Disziplinen hinaus zusammen. Die Gründung der *Arbeitsgemeinschaft Frauenstudien im Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis* für Frauen faßt insbesondere die bisherigen Initiativen von Frauen zusammen, die an den Hochschulen und außerhalb der Hochschulen von Nordrhein-Westfalen Frauenforschung und Frauenstudien entwickeln und in verschiedenen Formen institutionalisieren wollen⁸⁾.

Der Arbeitskreis der Wissenschaftlerinnen von Nordrhein-Westfalen ist eine weitere Selbstorganisation von Frauen im Bildungs- und Hochschulbereich, dem es im wesentlichen um die Arbeitsplatzinteressen von Frauen in der Wissenschaft geht. Seine Ziele sind:

- a) eine wissenschaftliche und praktische Aufarbeitung und Neubestimmung der Frauenfrage in unserer Gesellschaft und im internationalen Zusammenhang;
- b) eine damit verbundene Wissenschaftskritik der Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften, die in Theorie und Forschungsmethodologie die Arbeit der Frauen unzureichend bestimmt, ideologisch behandelt und großenteils überhaupt nicht erfaßt hat. Eine Theorie der Gesellschaft, der Literatur, der Po-

⁷⁾ J. Schmidt-Harzbach, Kampf ums Frauenstudium, in: *Frauen und Wissenschaft*, a. a. O., S. 35f.; H. Lange/G. Bäumer (Hrsg.), *Handbuch der Frauenbewegung*, Teil I: *Geschichte der Frauenbewegung in den Kulturländern*, Weinheim 1980², S. 31f.

⁸⁾ Die Berliner Sommeruniversitäten für Frauen, die jährlich seit 1976 autonom veranstaltet werden, haben eine steigende Teilnehmerinnenzahl und erreichen bis zu 5 000 Frauen. Ähnlich war es bei dem 1. Frauenforum im Revier 1979 und bei anderen großen Frauentagungen in Berlin und in der Bundesrepublik.

litik etc. ist falsch, wenn die Hälfte der Menschheit in ihr keinen angemessenen Ausdruck findet;

c) eine forschungspraktische Konzeption zu entwickeln, die in die kulturelle, politische und soziale Bewegung der Frauen eingebunden ist und im Kampf mit den betroffenen Frauen folgenreiche subjektive und objektive Veränderungen einleitet;

d) die Arbeitsplätze von Frauen in der Wissenschaft auszubauen und Frauen auch die Aufstiegsmöglichkeiten in die Professoren-ränge zu ermöglichen;

e) die gesellschaftlich relevanten Fragestellungen der Frauenforschung auch in den Studiengängen und in der Lehre zu verankern.

Vergleicht man unser Land mit den USA, aber auch mit unseren europäischen Nachbarländern Niederlande und England, so muß man feststellen, daß die Bundesrepublik ein Entwicklungsland in dieser Frage ist. Gute und bekannte Frauenforscherinnen müssen auswandern, z. B. in die Niederlande, um dort Frauenforschung betreiben zu können; Frauen kommen aus den USA und diagnostizieren einen zehnjährigen Zeitverzug. In den USA gibt es Frauenstudien inzwischen an 300 Colleges, in unterschiedlicher Institutionalisierungsform und mit eigenen Frauenforschungszentren zur Weiterqualifizierung der Wissenschaftlerinnen⁹⁾.

IV. Berufsverbote für Hochschullehrerinnen:

Selbsteinschätzung und objektive Karrierehindernisse für Frauen

Um die Gründe für den immer noch extrem geringen Frauenanteil in diesem gesellschaftlich prestigereichsten Berufsstand zu ermitteln, reicht es sicherlich nicht aus, die Selbsteinschätzung der Frauen zu erkunden. Einmal stellen die bereits erfolgreichen oder auf dem Wege des Erfolgs sich befindenden Frauen eine bestimmte, sicherlich schiefe Auswahl dar. Wer die Konkurrenz nicht erst antritt, wer dem für Frauen ungleich härteren Konkurrenzkampf unterliegt, wer die Formen des männlichen Karrieremachens ablehnt, wer ganz andere Wissenschafts- und Lebensvorstellungen zu verwirklichen sucht, ist in den vorliegenden Untersuchungen nicht einbezogen. Besonders trifft dies gegenwärtig auf die Frauen zu, die erwerbslos sind, obwohl sie gern in Forschung und Lehre arbeiten würden.

Dennoch sollen einige Selbstaussagen von Wissenschaftlerinnen zur Seltenheit weiblicher Hochschullehrer angeführt werden:

— 46% der befragten Wissenschaftlerinnen an Hessischen Hochschulen¹⁰⁾ führen die geringe Repräsentanz von Frauen in den wissenschaftlichen Berufspositionen auf Vorurteile und mangelnde Anerkennung der von Frauen geleisteten wissenschaftlichen Arbeit zurück;

— 22% sind der Auffassung, daß die Doppelbelastung durch Haushalt und Kindererziehung die Ausübung dieser qualifizierten Berufstätigkeit behindere;

— 21% meinen, Frauen fehle der Mut, das Durchhaltevermögen und das Selbstbewußtsein.

Die befragten Wissenschaftlerinnen behaupten mehrheitlich, daß sie als Frauen generell mehr leisten müssen, um in der Konkurrenz mit Männern an der Hochschule erfolgreich bestehen zu können. 77% der Wissenschaftlerinnen meinen, daß sie an der Hochschule mit Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, die Männer nicht haben. 18,4% sind gegenteiliger Ansicht.

Für die Frauen im Hochschullehrerberuf kristallisieren sich folgende Konflikterfahrungen heraus:

1. Man wird als Arbeitspartner nicht so ernst genommen.
2. Von einer Frau werden mit Selbstverständlichkeit mehr untergeordnete Tätigkeiten erwartet.
3. Man wird als Blaustrumpf angesehen.
4. Die Frau wird nicht informiert.
5. Die wissenschaftlichen Fähigkeiten werden angezweifelt.

⁹⁾ Vgl. Theresia Sauter-Bailliet, Vom Studium der Frauen zu Frauenstudien: women's studies in den USA, in: Englisch-Amerikanische Studien, H. 2, 1980.

¹⁰⁾ Brigitte Bimmer, Das Selbstverständnis der Akademikerin in Beruf und Familie. Eine empirische Untersuchung an hessischen Hochschulen, Diss. Gießen 1972.

6. Man wird, obwohl gleichrangig, als Untergebene behandelt¹¹⁾).

Eine Umfrage des Deutschen Akademikerinnen-Bundes¹²⁾ kommt ebenfalls zu bemerkenswerten Ergebnissen: Knapp die Hälfte der Wissenschaftlerinnen, die geantwortet haben, akzeptieren die These von der Ungleichbehandlung der Hochschullehrerinnen gegenüber männlichen Kollegen.

Die Ungleichbehandlung ist am gravierendsten bei der Stellenvergabe. Hier wird die Zurücksetzung gegenüber den männlichen Kollegen ganz deutlich wahrgenommen. Dabei ist die Unzufriedenheit bei den H 4- und H 3-„Seniorinnen“ am größten: „Ein bemerkenswertes Phänomen, wenn ausgerechnet die Arrivierten meinen, Zurücksetzung erfahren zu haben.“¹³⁾ Diese älteren Hochschullehrerinnen erreichten zwar höhere Positionen in der Wissenschaft, als die „Männer knapp“ waren, aber sie stießen dabei auf viel Widerstand und Ablehnung. Sie geben ihre Diskriminierungserfahrungen offener und unzensurierter zu als die jüngeren, sei es, daß die jüngeren bessere Bedingungen vorfinden, sei es, daß diese ihre Erfahrungen über Diskriminierungen nicht zu geben wollen oder können. „Mit fehlender, objektiv nachweisbarer akademischer Qualifikation der diskriminierten Gruppe ist die Diskriminierung nicht zu erklären. Der relative Anteil der Promovierten ist bei ihnen höher, der Prozentsatz der Habilitierten ebenso wie in der Gesamtheit. Fachspezifische Ungleichbehandlung zeichnet sich ab in den Fachbereichen Sprachen und Psychologie, vermutlich auch in Biologie und Theologie.“¹⁴⁾

Die wenigen Frauen, die es schaffen, in der Wissenschaft Berufspositionen zu halten, gelegentlich sogar aufzusteigen, nehmen Diskriminierungen, Zurücksetzungen und hohe Belastungen auf sich, weil sie eine starke Berufs-

orientierung haben¹⁵⁾. Verbunden damit ist das Interesse an ökonomischer Unabhängigkeit, Existenzsicherung und „Verwirklichung im Beruf“¹⁶⁾.

Die Berufsorientierung der Frauen impliziert aber anders als bei „traditionellen“ Männern immer gleichzeitig auch eine „Stellungnahme“ zum zweiten Arbeitsbereich der Frauen, nämlich der Familie und Hausarbeit. Eine positive Einstellung zur Berufstätigkeit schließt subjektiv, d. h. aus der Perspektive der Frau gesehen, eine Aufweichung der traditionellen Funktionsdifferenzierung nach dem Geschlecht ein. Brothun stellt die Hypothese einer Eindimensionalität von Berufs- und Familienorientierung auf: je mehr Berufsorientierung eine Frau hat, desto weniger ausgeprägt ist ihre Familienorientierung. Frauen mit beruflicher Grundorientierung definieren ihre familiäre Rolle um, bzw. reduzieren sie.

Allerdings ist diese konstruierte Eindimensionalität der Berufs- und Familienorientierung von Frauen nur auf den ersten Blick eine Entscheidung der Frauen selbst. Faktisch sieht es so aus, daß Wissenschaftlerinnen mit eigenen Karrierewünschen — leider fehlen hier die entsprechenden Daten — sich kaum Kinder „leisten“ können, weil die Bedingungen der Qualifizierung für die wissenschaftliche Berufstätigkeit bei der gegenwärtigen geschlechtlichen Arbeitsteilung den Frauen formal zwar gleiche Chancen und Rechte gewährt, ihnen aber keine Pflichten abnimmt. Wenn die Entscheidung für die Berufstätigkeit gleichzeitig eine Entscheidung gegen die Familienarbeit ist, so ist das als Kritik an der bisher nur privat gelösten Arbeitsbelastung von Frauen im „Reproduktionsbereich“ zu werten.

Wissenschaftlerinnen, die notwendigerweise ihre Familienarbeit reduzieren müssen, wenn sie in der gleichen Zeit wie die männlichen Kollegen die Bedingungen für ihre weitere Karriere herstellen wollen, sind angewiesen darauf

- a) entweder Hausarbeit und Kindererziehung zu delegieren an andere bezahlte oder unbezahlte Personen oder öffentliche Einrichtungen,
- b) die Mitarbeit und flexible Einplanbarkeit des Mannes in die Hausarbeit und Kinderer-

¹⁵⁾ Vgl. Erike Brothun, Die Bedeutung der Berufstätigkeit von Frauen. Konfliktmanagement in komplexen Rollenkonfigurationen, Forschungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, Opladen 1977.

¹⁶⁾ Vgl. Bock-Rosenthal/Haase/Streek, Wenn Frauen Karriere machen, Frankfurt 1978.

¹¹⁾ Ebda., S. 93.

¹²⁾ Vgl. Asta Hampe, Werden Hochschullehrerinnen diskriminiert? Ergebnisse einer empirischen Studie; Roswitha Wisniewski, Weibliche Hochschullehrer — Ein Beitrag zum Thema Gleichberechtigung der Frauen, beide in: Mitteilungsblatt des Deutschen Akademikerinnen-Bundes e.V. 57/1980.

¹³⁾ Asta Hampe, Werden Hochschullehrerinnen diskriminiert?, in: ebda., S. 14. Die Studie wurde auf Drängen feministischer Wissenschaftlerinnen initiiert und von Frau Hampe statistisch ausgewertet. Sie ist eine der wenigen Statistik-Professorinnen in unserem Land.

¹⁴⁾ Ebda., S. 23.

ziehung (s. Berufarbeit des Mannes) zu erreichen

c) oder allein zu leben.

Daß die Wissenschaftlerinnen — und nicht nur diese — überhaupt vor Entscheidungszwänge gestellt und in den jeweiligen Lebensphasen mit unterschiedlichen Belastungen und widersprüchlichen Arbeitsanforderungen konfrontiert werden, ist bereits Ausdruck einer realen Diskriminierung. Nicht die „Wahlfreiheit“ zwischen Beruf und Familie schafft für die Frauen eine widerrechtliche Situation, sondern die Tatsache, daß sie in Wahrnehmung ihrer Interessen im Beruf entweder ihre familiäre Lebensplanung und Gestaltung hintanstellen müssen oder eine doppelte und gleichzeitig noch jeweils widersprüchliche Arbeitsbelastung auf sich nehmen müssen¹⁷⁾, wobei die Arbeit in der Familie, obwohl gesellschaftlich notwendig, als private Arbeit abgetan wird.

Wir gehen davon aus, daß Frauen wie Männer Lebensbedingungen haben sollten, in denen sie sowohl Beruf wie Familie miteinander verbinden können. Dieser doppelte Anspruch für Frauen, der für Männer einseitig auf Kosten der Frauen eingelöst ist, heißt konkret die *Mütterfrage in der Wissenschaft* zu stellen und Maßnahmen einzuleiten, die es den jungen Frauen ermöglichen, sowohl Kinder zu bekommen und aufzuziehen, wenn sie es wollen, und gleichzeitig ihre berufliche Qualifizierung voranzutreiben. Bisher ist dies für die Frauen nur jeweils auf Kosten je eines Arbeitsbereichs möglich.

Gerade daß Frauen beides wollen und auch können — Berufs- und Familienarbeit —,

macht die Überlegenheit dieser Position gegenüber den bisher entwickelten Positionen zur Frauenemanzipation aus. Sie hat aber auch die Konsequenz, daß die Starre der institutionalisierten Regelungen (Arbeitszeitregelungen, Altersversicherung, Qualifikationsfristen, Berufsunterbrechungen etc.) aufgebrochen werden muß zugunsten der jeweils familienberufsphasenbestimmten Entscheidung von Frauen und ihrer jeweiligen Gewichtung von Berufs- und Familienarbeit. Wie oben bereits angedeutet, hat diese radikale Einlösung des Gleichheitsanspruchs von Frauen eine Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung zur Bedingung. Nur eine Gleichverteilung der Familienlasten und -freuden sowie der beruflichen Chancen auf beide Geschlechter wird letztendlich das Gebot der Chancengleichheit verwirklichen können. An die Politiker und Politikerinnen sind daher die Forderungen zu stellen:

1. eine besondere Förderung den Frauen zukommen zu lassen, die unter den gegebenen, vorläufigen Bedingungen der geschlechtlichen Arbeitsteilung Familien- und Berufarbeit in einer Person vereinen wollen;

2. insgesamt bei der Einstellungspolitik in Unternehmen und Behörden mehr als früher Formen der Paar-Einstellung zu praktizieren¹⁸⁾ und auch mehr und andere Formen von Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse einzugehen¹⁹⁾. Die Chancen von Arbeitszeitreduzierung und Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen sind nach bisher vorliegenden Untersuchungen über qualifizierte Berufe für Männer und Frauen bei weitem nicht ausgeschöpft²⁰⁾.

V. Warum Frauen keine Karriere machen

Gehen wir davon aus, daß sich grundsätzlich die Arbeitsorientierung hochqualifizierter Frauen nicht wesentlich von der ihrer Kollegen unterscheidet²¹⁾ und daß eine grundsätzliche Gleichbefähigung von Frauen und Männern zu wissenschaftlicher Arbeit vorliegt, so sind es eindeutig Arbeitsplatz- und Einstellungsstrukturen der Umgebung, die Frauen daran hindern, ähnlich wie Männer in den

Wissenschaften „Karriere“ zu machen. Die scheinbar demokratischen Selektionskriterien bei der beruflichen Förderung benachteiligen Frauen systematisch, sonst wäre der geringe

¹⁸⁾ Marie-Louise Janssen-Jurreit (Hrsg.), Frauenprogramm, Reinbek 1978.

¹⁹⁾ Marianne Quorin, Das Beispiel von Anna und Martin, in: Frankfurter Rundschau, 8. 3. 1980.

²⁰⁾ Rudolf Epping/Gisela Meuter, Teilzeitarbeit bei Beamtinnen. Eine Untersuchung zur Förderung der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst, Stuttgart 1977.

²¹⁾ Vgl. Bock-Rosenthal/Haase/Streeck, Wenn Frauen Karriere machen, Frankfurt 1978, S. 10.

¹⁷⁾ Vgl. Ilona Ostner, Beruf und Hausarbeit — Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft, Frankfurt 1978.

Anteil der Frauen in hochqualifizierten Berufen nicht erklärlich²²⁾.

Die formale Qualifikation allein kann nicht der ausschlaggebende Faktor für die Karriere sein. „Wie sehr sich hochqualifizierte Frauen ihrer eigenen Leistung bewußt sind, zeigt auch die individuelle Interpretation der eigenen Karriere. Zufall oder Protektion werden kaum genannt, wohl aber ‚Beharrlichkeit, Selbständigkeit und Verantwortungsbewußtsein‘, soziale Qualitäten, wie sie ganz ähnlich auch von leitenden Angestellten genannt werden... Nicht das neutrale Maß ‚Qualifikation‘ wird angeführt, sondern soziale Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale.“²³⁾

Dennoch schlußfolgern die Autorinnen der genannten Studie: „Eine problemlose Integra-

tion in die Männerwelt gibt es trotz der hohen Qualifikation, der Arbeitsmotivation und des Leistungsstandes der Karrierefrauen nicht.“²⁴⁾ „Frauen brauchen mehr Durchsetzungsvermögen, haben aber weniger“ — so formulierte es eine Hochschullehrerin aus unserem Arbeitskreis. Die Frauen sind sich der Behinderungen bewußt, die sie an ihren Aufstiegsmöglichkeiten, am Zugang zu einzelnen Fachgebieten und in der Anerkennung als Vorgesetzte u. a. m. hemmen.

Wir wollen zum Schluß noch auf einige innerwissenschaftliche soziale Mechanismen aufmerksam machen, von denen wir annehmen, daß sie Frauen indirekt diskriminieren und behindern. (Vgl. dazu de Jong et al., Literaturverzeichnis.)

VI. Die wissenschaftliche Gelehrten-Bezugsgruppe

Wissenschaftliches Arbeiten ist weitgehend einer Kontrolle von außen entzogen. Die Wissenschaftler haben eigene Kontrollmechanismen erfunden, um ihre Standards zu überprüfen und zu wahren. Dieses innerwissenschaftliche „Reputationssystem“ wird über die wissenschaftliche Gelehrtengemeinschaft vermittelt. Es zeigt sich in kritischer Auseinandersetzung auf der inhaltlichen Ebene, aber auch in der Bezugnahme aufeinander, in gegenseitiger Förderung, in „Zitierkartellen“ und in den wissenschaftlichen Nepotismusregeln, d. h. in speziellen Hilfestellungen bei der Karriere nach oben (Gutachten, Hilfen bei Publikationen, persönliche Kontakte zu Kollegen in Berufungskommissionen, in Gesprächen beim Bier etc.).

Außer den jeweiligen Positionen und Fachdisziplinen gibt es innerhalb jeder Wissenschaft unterschiedliche Schulen und Bezugsgruppen. An den Hochschulen bilden sich lokale und fachinterne Autoritäten und Machtgruppen heraus, die sich untereinander bzw. gegenein-

ander abgrenzen und bewerten. Fachliche „Beurteilung“ z. B. der Qualität und Relevanz von Publikationen und „sonstiger Arbeiten“ werden hier gegeneinander ausgespielt. Die formal und faktisch ausschließliche Orientierung an den Publikationen, die an den tradierten „männlichen“ Standards gemessen werden, ohne zu fragen, auf wessen Kosten sie entstanden sind, benachteiligt jene, die mehr Aufmerksamkeit und Arbeitsenergie in die Lehre und andere Arbeitsbereiche an der Hochschule stecken. Frauen spielen hier sicherlich eine spezifische Rolle. Sie übernehmen mehr Beziehungsarbeit an der Hochschule²⁵⁾. Dies hat zur Folge, daß diejenigen, die weniger an ihre eigene Karriere denken, dafür aber bedeutende pädagogische und gesellschaftliche

²⁴⁾ Bock-Rosenthal/Haase/Streek, ebda., S. 117.

²⁵⁾ Die Länge der Publikationslisten spielt in den letzten Jahren für die Aufstiegsmöglichkeiten eine zunehmende Rolle. Dabei wird grundsätzlich außer acht gelassen, daß diese oft auf Kosten von Kollegen und Kolleginnen entstehen, die dafür an der Hochschule die ‚Drecksarbeit‘ übernehmen. Die Rolle, die Frauen beim letzteren Part spielen, müßte noch genauer untersucht werden. Unseren Erfahrungen nach übernehmen viele Frauen an der Hochschule die „Mutterrolle“ für die männlichen Kollegen und Vorgesetzten. In einer empirischen Analyse der persönlichen Widmungen von Buchautoren auf dem Gebiet der Erziehungspsychologie in den USA wird die gesellschaftliche Arbeitsteilung wiederholt, Frauen für Dienstleistungen und Männern für wissenschaftliche Anregungen zu danken. Vgl. J. Lewis-Beck, The participation of men and women in educational research: Another look, in: Sex roles, Vol. 6, No 4, 1980.

²²⁾ Ebda., S. 13. Die Autorinnen stellten diese Daten mit Hilfe einiger Berufsverbände und aufgrund eigener Berechnungen zusammen:

| Beruf | Frauenanteil |
|---------------------------|--------------|
| Architektin | ca. 5,0% |
| Anwältin/Richterin | ca. 7,4% |
| Beamtin im höheren Dienst | ca. 5,4% |
| Chemikerin | ca. 3,4% |
| Professorin | ca. 3,0% |
| Chefärztin | ca. 2,0% |
| Wirtschaftsprüferin | ca. 6,4% |

²³⁾ Bock-Rosenthal/Haase/Streek, a. a. O., S. 117.

Arbeit an der und für die Hochschule leisten, gegenüber denen, die sich davon fernhalten, eher benachteiligt sind, „Karrieristen“ dagegen belohnt werden — was zu einer weiteren Stabilisierung des Systems führt.

Die wissenschaftlichen Arbeitsbedingungen haben eine widersprüchliche Struktur. Der partielle Freiraum führt zu Gruppenbildungen und Subkulturen. Ein jeweils geschlossener Kreis einer „wissenschaftlichen Schule“, einer Fakultät, kennt sich, fördert sich wechselseitig und macht „Hochschulpolitik“, oft gegen eine andere sich ähnlich verstehende Gruppe. Diese „Subkulturen“ — bestimmt durch Sympathie und andere Übereinstimmungen — lassen sich unterscheiden nach politischer Orientierung und anderen Interessenübereinstimmungen. Diese „Subkulturen“ sind die eine quasi institutionelle Form der wechselseitigen Unterstützung und negativen Abgrenzungen. Die andere Form sind die kleineren „Hausmachten“, die einzelne oder Gruppierungen an den Hochschulen aufbauen und die ebenfalls bestimmte Loyalitäten produzieren, die wiederum andere ausschließen. Die informellen „Subkulturen“ und die jeweiligen Hausmachten sind zwei Vermittlungsinstanzen für wissenschaftliche Karrieren, in denen Frauen kaum eine Rolle spielen. Selten sind Wissenschaftlerinnen in den Zentren von Machtgruppierungen und ihrer Informationsnetze anzutreffen. Nie bilden sie Mehrheiten in Kommissionen und anderen Gremien, die über Stellenbesetzungen entscheiden. So wird die Sonderstellung der Frauen erst gar nicht zur Kenntnis genommen und ihnen dann als Qualifikationsdefizit angelastet, was sich strukturell aus der internen Machtverteilung, der Subkulturstruktur und der geschlechtlichen Arbeitsteilung an der Hochschule insgesamt ergibt. Die Instrumente der Karriereförderung sind gerade bei Stellenknappheit an die dominante wissenschaftliche „Subkultur“ und an den Zugang zu den Zentren der wissenschaftlichen Kommunikationsmedien gebunden. Dies sind: Herausgeberschaft von Zeitschriften, Beziehungen zu Verlagen und zu führenden Persönlichkeiten, Mitarbeit in der Selbstverwaltung. Hier haben Frauen allenfalls eine Minoritätenposition inne.

Die Statusvorteile und die privilegierte Inanspruchnahme unbezahlter Arbeit oder Zuarbeit aufgrund des Geschlechts, basierend auf

den traditionellen Vorstellungen der Überlegenheit des männlichen Geschlechts, führen auch zu einer unterschiedlichen Bewertung des Familienstatus von Männern und Frauen in ein- und demselben Kontext. Männliche Kollegen werden als Familienväter — unabhängig, ob sie sich an der Familienarbeit beteiligen und/oder die Ehefrau eine eigene Berufskarriere verfolgt — gegen Frauen mit Kindern ausgespielt. Was für das männliche Geschlecht ein Vorteil ist — nämlich abstrakt ein (potentieller) Familienvater zu sein —, wird den Frauen trotz Verantwortlichkeit und faktischer Belastung durch Familie zum Nachteil. Mütter haben in der Wissenschaft einen besonders schweren Stand. In den USA ist nachgewiesen, daß Wissenschaftler mit einer großen Familie auch die besten Karrieren machen, weil die Ehefrauen ihnen entweder zuarbeiten oder sie auf andere Weise zur Karriere stimulieren²⁶⁾.

Wir stellen die Hypothese auf, daß dies in der Bundesrepublik nicht viel anders ist. Sicherlich haben hier Frauen mit mehreren Kindern kaum eine Chance, unter den gegebenen Bedingungen Hochschullehrerin zu werden. D. h. für Frauen sind die Privilegien in der Wissenschaft mit vielfältigem Verzicht und Belastungen verbunden, die sie bei ihrer Lebensplanung einkalkulieren müssen: Verzicht auf Kindererziehung, Verzicht auf eine offensive Selbstbehauptung, Verzicht auf erweiterte Reproduktionsmöglichkeiten durch kollegiale und institutionelle Unterstützung und ermutigende Förderung. Wenden sie ihre Versagungen offensiv gegen die institutionellen und personellen Strukturen, dann verlieren sie die ohnehin wenigen Bündnispartner, die sie bei den gegebenen Mehrheits- und Machtverhältnissen an den Hochschulen immer bei den Männern suchen müssen. Die Selbstorganisation der Frauen in der Wissenschaft ist daher der erste Schritt, aus dem Schattendasein herauszutreten — ohne demütigende Anpassungsleistungen — und gegen den Mathäus-Effekt anzutreten, demzufolge auch in der Wissenschaft dem gegeben wird, wer es eh schon hat²⁷⁾.

²⁶⁾ Vgl. D. Glenwick/S. Johansson/J. Bondy, A comparison of selfimages of female and male assistant professors, in: Sex roles, 1978, H. 4.

²⁷⁾ Arnold A. Strassenburg, Women in Science, in: Journal of College Science Teaching, Vol X, November 1980.

Literaturhinweise:

- Memorandum und Dokumentation zur Situation von Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen von NW, Jan. 1981, 2. Aufl. (zu beziehen beim Hochschuldidaktischen Zentrum Dortmund, Rheinlanddamm 199, 4600 Dortmund 1).
- Bimmer, Brigitte: Das Selbstverständnis der Akademikerin in Beruf und Familie. Eine empirische Untersuchung an hessischen Hochschulen, Gießen 1972.
- Bock-Rosenthal, E./Haase, C./Streeck, S.: Wenn Frauen Karriere machen, Frankfurt 1978.
- Brothun, Erika: Die Bedeutung der Berufstätigkeit von Frauen. Konfliktmanagement in komplexen Rollenkonfigurationen. Forschungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, Opladen 1977.
- Duelli-Klein, Renate/Maresi Nerad/Sigrid Metz-Göckel (Hrsg.): Frauenstudien an den Hochschulen der USA, Blickpunkt Hochschuldidaktik, AHD, Hamburg 1981.
- Epping, R./Meuter, G.: Teilzeitarbeit bei Beamtinnen. Eine Untersuchung zur Förderung der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst, Stuttgart 1977.
- Hampe, Asta: Werden Hochschullehrerinnen diskriminiert? Ergebnisse einer empirischen Studie, in: Mitteilungsblatt des Deutschen Akademikerinnen-Bundes e. V. 57, 1980.
- de Jong, J./Knapp, U./Metz-Göckel, S./Schön-Stommer, B./Stahr, J.: Vom Studium der Frauen zur Wissenschaft für Frauen, in: Branahl, U. (Hrsg.), Didaktik für Hochschullehrer, Blickpunkt Hochschuldidaktik 65, AHD, Hamburg 1981.
- Lange, H./Bäumer, G.: Handbuch der Frauenbewegung, Bd. 1 und Bd. 3, Weinheim 1980 (Reprint der Erstausgabe von 1901 und 1902).
- Metz-Göckel, Sigrid (Hrsg.): Frauenstudium. Blickpunkt Hochschuldidaktik 54, Hamburg 1979, 2000 Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 32.
- Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NW (Hrsg.): Handbuch Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1979.
- Janssen-Jurreit, Marie-Louise: Frauenprogramm. Gegen die Diskriminierung, Reinbek 1979.
- Sauter-Bailliet, Theresia: Vom Studium der Frauen zu Frauenstudien: Women's studies in den USA, in: Englisch-Amerikanische Studien H. 2 1980.
- Schenk, Herrad: Die feministische Herausforderung, München 1980.
- Schmidt-Harzbach, Ingrid: Kampf ums Frauenstudium, in: Frauen und Wissenschaft, Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen 1976, Berlin 1977.
- Schöpp-Schilling, Hanna-Beate: Frauenstudien, Frauenforschung und Frauenforschungszentrum in den USA, in: Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte, Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen 1977, Berlin 1978.
- Sommerkorn, Ingrid: Frauen als Lehrende und Lernende an der Universität, in: Sommerkorn, I. (Hrsg.), Identität und Hochschule, Blickpunkt Hochschuldidaktik 64, AHD, Hamburg 1981.

- Strassenbourg, Arnold: Women in science, in: Journal of College Science Teaching, vol X, Nov. 1980.
- Schäfer, Dieter/Imhäuser, Kurt: Schul- und Hochschulbesuch seit 1969, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Dez. 1980.
- Quoirin, Marianne: Das Beispiel von Anna und Martin, in: Frankfurter Rundschau v. 8. 3. 1980.
- Wisniewski, Roswitha: Weibliche Hochschullehrer — Ein Beitrag zum Thema Gleichberechtigung der Frauen, in: Mitteilungsblatt des Deutschen Akademikerinnen-Bundes e. V. 57/1980.

Was heißt hier eigentlich kommunistische Unterwanderung?

Ein Beitrag über selektive Wahrnehmungen und objektive Tatbestände an der Universität Oldenburg

I. Kommunistische Unterwanderung: ein deutsches Problem

Dieser Beitrag setzt sich mit den Ausführungen von Fritz Vilmar und Wolfgang Rudzio über „Politische Apathie und Kaderpolitik“ auseinander (vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/81, S. 13 ff.). Um die Darlegungen auf die Grundthesen der Autoren zu konzentrieren, werden die falschen oder polemisch verzerrten Deutungen einzelner Fakten oder des Verhaltens einzelner Personen nur in begrenztem Umfang aufgegriffen.

Wer heute in der Bundesrepublik das Thema „kommunistische Unterwanderung“ behandelt und dabei auch noch den Anschein erweckt, sich auf empirische Untersuchungen berufen zu können, wird sich einer ungewöhnlichen öffentlichen Aufmerksamkeit erfreuen können. Was in anderen westeuropäischen Demokratien mit eher nachlässigem Interesse zur Kenntnis genommen würde, kann in unserem Land — so die Redaktion der Beilage — „Grundlage für eine wünschenswerte und notwendige, auch kontroverse Auseinandersetzung sein“¹⁾.

Selbst wenn dafür im allgemeinen wie auch im vorliegenden besonderen Fall bestimmte Gründe angeführt werden können, sollte doch sowohl unter politischen wie unter politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten das Außergewöhnliche dieses Vorgangs nicht unerwähnt bleiben. Es kann in der politischen Bewertung zu einer Relativierung der Aufregtheit führen, die mit diesem Thema üblicherweise verbunden ist; es lenkt in der politikwissenschaftlichen Betrachtung das Augenmerk auf das methodische Vorgehen sowie auf die Stringenz der Schlußfolgerungen, mit welchen eine kommunistische Unterwanderung im aktuellen Fall zu belegen versucht wird.

Daß das Thema „kommunistische Unterwanderung“ überhaupt in diesem außergewöhnli-

chen Maße Gegenstand nicht nur von politischen, sondern auch von wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu werden vermag, dafür gibt es mehrere, für die deutsche Situation spezifische Gründe. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit oder auch auf eine vergleichende Gewichtung bei der Nennung solcher Gründe erheben zu wollen, kann zunächst darauf verwiesen werden, daß die Furcht vor einer kommunistischen Unterwanderung in Deutschland bereits eine Tradition besitzt. Diese Furcht hat ihren Grund in einer Besonderheit unserer politischen Kultur, die weder in der Weimarer Republik noch offenbar in der Bundesrepublik sich soweit entwickelt hat, daß die Abwehr von offenkundigen oder vermuteten Gegnern der Demokratie auf dem Wege der *politischen* Auseinandersetzung als gewährleistet erschien. Der Wirksamkeit rechtlicher oder bürokratischer Abwehrmechanismen wurde und wird weithin mehr Vertrauen entgegengebracht als der Stabilität und den „Selbstheilungskräften“ einer demokratischen Ordnung.

Angesichts der bekannten Geburtsfehler der Weimarer Demokratie erscheint eine solche Einstellung im nachhinein zumindest verständlich. Für die demokratische Ordnung der Bundesrepublik ist sie aber im Grunde nicht nachvollziehbar: Einerseits hat der Verfassungsgeber sich bewußt für eine „streitbare Demokratie“ entschieden, indem er in Artikel 79 GG absolute Werte der Staatsgestaltung festgestellt und besondere Verfahren zur Abwehr von Angriffen auf die verfassungsmäßige Ordnung vorgesehen hat. Andererseits hat die bisherige Entwicklung der Bundesrepublik deutlich gezeigt, daß diese — auch im internationalen Vergleich — ein Maß an demokratischer Stabilität erreicht hat, das eine ängstliche administrative Fürsorge bei der politischen Abwehr ihrer inneren Gegner als überflüssig erscheinen läßt.

¹⁾ Vgl. Fritz Vilmar/Wolfgang Rudzio, Politische Apathie und Kaderpolitik, a. a. O., S. 13, Vorwort der Redaktion.

In gewissem Maße erklärbar ist die aktuelle Furcht vor einer kommunistischen Unterwanderung nur im Zusammenhang der Teilung Deutschlands und der Errichtung eines kommunistischen Herrschaftssystems auf deutschem Boden. Die besondere Lage von Bundesrepublik und DDR gleichsam als die empfindlichste Nahtstelle zweier weltpolitischer Blöcke läßt für viele eine besondere Vorsicht angebracht erscheinen, weil sich nach ihrer Überzeugung über die besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten kommunistische Einflußstrategien in der Bundesrepublik leichter und „unauffälliger“ geltend machen können als in anderen Staaten. Auch diejenigen unter ihnen, die die DKP nicht schlicht als „bundesrepublikanischen Wurmfortsatz“ der SED ansehen²⁾, halten es daher für unabweisbar notwendig, der besonderen Situation der Bundesrepublik in bezug auf die Möglichkeiten kommunistischer Unterwanderung durch besondere Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Damit tritt ein weiterer Grund für die politische und wissenschaftliche Diskussion der Unterwanderungsproblematik in das Blickfeld. Sie steht nämlich in unmittelbarem Zusammenhang mit jenen besonderen Maßnah-

men, die die Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzler am 28. Januar 1972 vereinbarten, um Extremisten aus dem öffentlichen Dienst fernhalten zu können³⁾. Die Unterwanderungsdiskussion ist Teil einer breiten politischen Auseinandersetzung über den Extremistenbeschluß, und sie erhält von dorthin ihren besonderen Akzent in der deutschen Politik.

Auch dieser Zusammenhang stellt eine besondere deutsche Variante der Diskussion um den Einfluß des Kommunismus in den westlichen Demokratien dar, was für manchen politischen Beobachter die Bedeutung der hier gestellten Thematik weiter relativieren mag. Aber der Extremistenbeschluß, der einerseits wohl ein konsequentes Produkt der politischen Kultur in der Bundesrepublik darstellt, hat andererseits so nachhaltige Auswirkungen auf eben diese Kultur⁴⁾, daß die Auseinandersetzung um die ihm zugrunde liegende Furcht vor einer kommunistischen Unterwanderung nicht nur als eine Merkwürdigkeit der deutschen Politik abgetan werden kann. Sie muß vielmehr auch und gerade dort ernst genommen werden, wo sie die Gestalt wissenschaftlich fundierter Analyse angenommen hat.

II. Politische Apathie: ein ungeprüfter Maßstab

Angesichts der schwerwiegenden Folgen solcher Analyse einerseits für das politische Klima in der Bundesrepublik insgesamt, aber auch für die jeweils untersuchte Institution, die als kommunistisch unterwandert öffentlich gebrandmarkt wird, muß die Analyse einer Überprüfung des methodischen Vorgehens wie der zugrunde gelegten Fakten zweifelsfrei standhalten können, wenn sie als wissenschaftlich seriös anerkannt werden will. Notwendige Voraussetzung für eine derartige Überprüfung ist zumindest ein bestimmtes Maß an Detail- und Faktenkenntnis, das durch eigene Erfahrung in der jeweiligen Institution und/oder durch gründliche Recherchen in derselben erworben worden ist. Eine entsprechende Kompetenz kann hier nur für eine der von Vilmar und Rudzio untersuchten Institutionen beansprucht werden. Daher beschränkt sich die nachfolgende Auseinandersetzung

mit den Ausführungen über „Politische Apathie und Kaderpolitik“ auf die Darstellung kommunistischer Einflußstrategien am Beispiel der Universität Oldenburg.

Diese Darstellung läßt sich in ihrem Kern so zusammenfassen: Aufgrund der politischen Apathie der überwiegenden Mehrheit der Universitätsmitglieder hat eine kleine DKP-orientierte Gruppe von politisch und sozial

³⁾ Zu dem sogenannten Extremistenbeschluß vgl. Bulletin vom 22. September 1973, Nr. 116, S. 1149; letzte Neufassung am 17. Januar 1979 durch das Bundeskabinett, vgl. Bulletin vom 19. Januar 1979, Nr. 6, S. 45—47.

⁴⁾ Die negativen Auswirkungen des Extremistenbeschlusses auf das politische Klima in der Bundesrepublik betont auch — bei grundsätzlicher Zustimmung zu diesem Beschluß — eine Stellungnahme der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung zur Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst. Vorsitzender der Kammer war der Staatsrechtslehrer und damalige Kultusminister von Baden-Württemberg, Roman Herzog, CDU. Vgl. dazu epd-Dokumentation, Nr. 34, Frankfurt 1978, S. 2ff.

²⁾ So Franz Barsig, Moskautreu und verfassungstreu?, in: Deutsche Zeitung Nr. 4 vom 19. Januar 1979, S. 3.

Aktiven die verschiedenen Statusgruppen unterwandert und auf diese Weise dominierenden Einfluß in den universitären Entscheidungsinstanzen, d. h. in den Selbstverwaltungsgremien, erlangt.

Was zunächst die Grundfrage der politischen Apathie angeht, so muß es als ein Mangel der von Vilmar und Rudzio vorgelegten Analyse angesehen werden, daß diese die breite Diskussion über politische Apathie im staatlichen Bereich an keiner Stelle aufgenommen und die in diesem Zusammenhang erörterten Fragestellungen auf den gesellschaftlichen Teilbereich Hochschule übertragen hat⁵⁾. Aufgrund dieser Unterlassung entfällt nämlich für die Autoren die Frage, was im Hochschulbereich politische Apathie konkret bedeutet und wie sie sich im universitären Entscheidungsprozeß tatsächlich auswirkt. (Der Verdacht, daß eine ungeklärte theoretische Basis zu fragwürdigen, wenn nicht falschen Schlußfolgerungen führt, liegt dabei nahe.)

In der politikwissenschaftlichen Diskussion ist dann von politischer Apathie die Rede, wenn der Bürger in einer Demokratie über den mehr formalen Akt der Wahl hinaus keine der vorhandenen Teilnehmungsformen wahrnimmt, um auf politische Entscheidungen inhaltlich und im Sinne von Selbstbestimmung Einfluß zu nehmen⁶⁾. Politische Aktivität wird

⁵⁾ Auch die in diesem Zusammenhang stets auftauchende Frage nach der Legitimation einer stärkeren politischen Beteiligung, d. h. letztlich einer Demokratisierung gesellschaftlicher Teilbereiche, wird nicht berührt. Immerhin lassen die Autoren gleichsam zwischen den Zeilen erkennen — worin ihnen hier ausdrücklich zugestimmt werden kann —, daß sie ein bestimmtes Maß an politischer Beteiligung als ein notwendiges, weil konstitutives Element einer demokratischen Entwicklung auch im gesellschaftlichen Teilbereich der Hochschulen ansehen. Diese Auffassung wird hier mit der Maßgabe befürwortet, daß im Hinblick auf die Modalitäten der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen unterschiedlichen Funktionserfordernissen Rechnung getragen werden muß. Gerade auch in der Demokratisierungsdiskussion muß mit G. Lukacs unterschieden werden zwischen „running after protest movements“ und „a general theory of society“. Vgl. dazu George K. Romoser, *Democratization Theories and Cultural Crisis. A Question of Priorities*, vervielf. Manuskript, World Congress of the International Political Science Association, Edinburgh 1976, S. 8.

⁶⁾ Die Bewertung politischer Apathie ist dabei durchaus unterschiedlich. Die stärker behavioristisch ausgerichtete amerikanische Demokratietheorie hält gar ein bestimmtes Maß an politischer Apathie für notwendig zur Erhaltung des Systemgleichgewichts sowie der Rationalität politischer Entscheidungen. Vgl. dazu Gisela Zimpel, *Der beschäftigte Mensch. Beiträge zur sozialen und politi-*

demgegenüber dadurch definiert, daß der Bürger mit Absicht und Bewußtsein auf den politischen Willensbildungsprozeß einzuwirken versucht, um an der Entscheidung über die Prioritäten und die Verwirklichung bestimmter Ziel- und Ordnungsvorstellungen teilzunehmen⁷⁾.

Für den staatlichen Bereich wird sicher zu Recht die Beschränkung politischer Aktivität auf den Wahlakt als Ausdruck politischer Apathie gewertet. Denn über den Wahlakt kann unter den gegebenen Bedingungen eine inhaltliche Beeinflussung der politischen Willensbildung oder gar eine Beteiligung an konkreten politischen Entscheidungen nicht erreicht werden. Zwar soll sich der Einfluß des Bürgers nach dem geltenden Demokratieverständnis über die Mandatsträger geltend machen. Aber der „Entmachtungsprozeß“, dem Abgeordnete und Parlamente unterliegen, ist zu oft beschrieben worden — nicht zuletzt durch eine Enquete-Kommission des Bundestages⁸⁾ —, als daß es hier noch einer Begründung für die Widerlegung der demokratischen Theorie durch die politische Wirklichkeit bedürfe. Zwar bleiben die einzelnen Politiker von der Zustimmung der Wähler abhängig. Der damit gegebene Einfluß des Wählers kann aber inhaltlich nicht oder kaum wirksam werden, denn die dominierende Rolle der Exekutive und des Staatsapparates begrenzt den politischen Stellenwert der Wahl, da deren Ausgang wesentliche Machtpositionen überhaupt nicht berührt und schon gar nicht konkrete Entscheidungen nennenswert beeinflußt. Die Mediatisierung des politischen Prozesses durch das Zusammenspiel von Parteien, Verwaltung und Verbänden nimmt dem Wahlakt einen Großteil seiner politischen Substanz.

schen Partizipation, München 1970, S. 31, sowie die dort dokumentierten Texte.

⁷⁾ So Michael J. Buse und Wilfried Nelles, *Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch-administrativen Bereich*, in: Ulrich von Alemann (Hrsg.), *Partizipation — Demokratisierung — Mitbestimmung*, Opladen 1975, S. 41 f.

⁸⁾ Vgl. *Beratungen und Empfehlungen zur Verfassungsreform. Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages I*, Bonn 1976, S. 190. Ein Hinweis sei an dieser Stelle hinzugefügt: Auf die angesprochene Problematik hat der Verfasser in der Vergangenheit mehrfach hingewiesen (vgl. z. B. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 12/74 sowie B 27/77). Er erlebt jetzt in unmittelbarer Anschauung als Universitätspräsident, daß die Bedeutungslosigkeit der Parlamentarier im Vergleich zur Exekutive und zur Ministerialbürokratie noch sehr viel größer ist, als er aufgrund wissenschaftlicher Analysen erwartet hatte.

Diese Mediatisierung des politischen Prozesses hat im Bereich der Hochschulen nicht oder nur in vernachlässigbar geringem Umfang stattgefunden. Zwar ist der Bedeutungsverlust der Selbstverwaltungsgremien und damit auch der Einflußverlust der Vertreter der (hochschul-)politischen Gruppen mindestens so groß wie im politischen Bereich, weil der „bürokratische Imperialismus“⁹⁾ von der vielbeschworenen Hochschulautonomie nur kümmerliche Reste übriggelassen hat. Soweit aber die Hochschulen politisch handlungsfähig geblieben sind, gelten für ihren Bereich bei dem Problem der politischen Apathie andere Kriterien als im Bereich des Staates. Diese Feststellung läßt sich mit der Tatsache begründen, daß aufgrund der Überschaubarkeit des Politikbereiches einer Hochschule ein Maß an Rückkoppelung zwischen Wählern und Gewählten stattfinden kann, daß hier — anders als durch die Repräsentation im parlamentarischen System¹⁰⁾ — den Repräsentierten noch Beteiligung im Sinne inhaltlicher Einflußnahme auf die politische Willensbildung oder die Entscheidung selbst möglich ist.

Zur Verdeutlichung soll hier kurz dargestellt werden, wie die Vertretung der Statusgruppen in den wichtigsten Selbstverwaltungsgremien der Universität Oldenburg aussieht.

Im Sommersemester 1981 war die Gruppe der insgesamt 189 Professoren entsprechend den im Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) festgelegten Paritäten durch 49 Mitglieder im Konzil, dem höchsten Entscheidungsgremium in Grundsatzangelegenheiten, vertreten. Die 210 wissenschaftlichen Mitarbeiter entsandten ebenso wie die 469 Mitarbeiter im nichtwissenschaftlichen Dienst sowie die 5 685 Studenten je 14 Vertreter in das Konzil. Aufgrund der Zuständigkeitsregelungen nach dem NHG und der Tatsache, daß das Konzil in der Regel nur einmal im Semester zusammentritt, fallen die für die Entwicklung der Universität wesentlichen Entscheidungen im Senat sowie in den vier Fachbereichsräten. Alle fünf Gremien sind jeweils mit sieben Vertretern der Professoren und mit je zwei Vertretern der Wissenschaftlichen Mitarbeiter, der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten besetzt¹¹⁾.

⁹⁾ So Helmut Schmidt, Mitbestimmung des Bürgers als Garant freiheitlicher Ordnung, in: Bulletin Nr. 114, Bonn 1977.

¹⁰⁾ Vgl. dazu Thomas Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1977, S. 240 ff.

¹¹⁾ Bis zum Sommersemester 1981 war die Universi-

Angesichts der hier geschilderten Größenordnungen dürfte einleuchten, daß den gewählten Repräsentanten der Statusgruppen eine unmittelbare Interessenvertretung in den Selbstverwaltungsgremien möglich ist. (Dies gilt nicht in gleichem Maße für die Gruppe der Studenten; auf die in diesem Zusammenhang gestellten Fragen wird weiter unten einzugehen sein.) In regelmäßigen Zusammenkünften im Kreis der hochschulpolitischen Gruppierungen findet darüber hinaus eine intensive direkte Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten statt, abgesehen von zahllosen informellen Kontakten zwischen ihnen.

Die Beteiligung an den Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien der Universität ist daher — anders als im staatlichen Bereich — ein durchaus verlässlicher Indikator für den Grad an politischer Apathie, weil die Wahl hier unmittelbar Einfluß auf hochschulpolitische Zielsetzungen und Entwicklungen gewährt. Zum anderen kann aus einer Wahlbeteiligung hier auch geschlossen werden, ob über den Wahlakt hinaus der direkte Einfluß des Repräsentierten auf den Repräsentanten gesucht wird. Die Beteiligungsforschung hat nachgewiesen, daß in der Bundesrepublik die einer regelmäßig hohen Wahlbeteiligung entgegenstehende politische Apathie vor allem strukturelle Ursachen hat. Wo — wie im universitären Bereich — die eigene Betroffenheit durch bestimmte Entscheidungen sowie die Möglichkeit der Beeinflussung derselben wahrgenommen werden kann, dort werden außer der Wahl in größerem Umfang auch andere Beteiligungsformen in Anspruch genommen¹²⁾.

tät Oldenburg in vier Fachbereiche untergliedert (inzwischen sind neun Fachbereiche eingerichtet worden). Um auch hier zumindest im Hinblick auf zwei Statusgruppen die Überschaubarkeit des politischen Prozesses in diesen Untergliederungen anzudeuten: Fachbereich I umfaßte 44 Professoren und 52 wissenschaftliche Mitarbeiter, im Fachbereich II waren es jeweils 27 und 38, im Fachbereich III 62 und 55 sowie im Fachbereich IV 56 Professoren und 65 wissenschaftliche Mitarbeiter. Im vorliegenden Zusammenhang interessiert dabei besonders, daß in den Fachbereichsräten die Berufungen von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern vorbereitet werden. Bei der Berufung von Professoren ist für das Votum des Fachbereiches eine Mehrheit der Professorenstimmen im Fachbereichsrat erforderlich. Der Berufungsvorschlag kann vom Senat einmal an den Fachbereich zurückgegeben werden. Wird er von diesem bestätigt, geht er an den zuständigen Minister für Wissenschaft und Kunst, der die entgeltliche Entscheidung trifft.

¹²⁾ Vgl. dazu u. a. die empirisch abgestützte Untersuchung von Michael Buse, Wilfried Nelles, Reinhard Oppermann, Determinanten politischer Partizipation, Meisenheim am Glahn 1978.

III. Zur politischen Entwicklung der Universität Oldenburg: die Fakten

Legt man nun die auf die besondere Situation einer Hochschule bezogenen Maßstäbe für politische Apathie auf die Universität Oldenburg an und überprüft dann die von Vilmar und Rudzio aufgestellte These der kommunistischen Unterwanderung der Universität aufgrund der politischen Apathie ihrer Mitglieder, so gelangt man zu völlig anderen Schlußfolgerungen: Politische Apathie ist — außer in der Studentenschaft — nicht nachweisbar und eine kommunistische Unterwanderung im unterstellten Sinne hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil: Der politische Einfluß der von Vilmar und Rudzio mit einer sowjetkommunistischen Orientierung identifizierten Gruppen ist nachhaltig und nachweisbar zurückgegangen. Der Begriff „kommunistische Unterwanderung“ wird hier so übernommen, wie ihn Vilmar/Rudzio verwenden. Daß er eine fragwürdige Strategie zur Abwehr kommunistischen Einflusses einschließt, bleibt dabei außer Betracht, ebenso die Tatsache, daß die Darstellung der „kommunistischen Unterwanderung“ der Universität Oldenburg anhand der Aktivitäten des „antimonopolistischen Bündnisses“ von MSB (Marxistischer Bund Spartakus), SHB (Sozialistischer Hochschulbund), BdWi (Bund demokratischer Wissenschaftler) und DKP-Hochschulgruppe der eigenen Begriffsbestimmung der Autoren widerspricht. Denn wenn „kommunistische Unterwanderung“ dadurch definiert sein soll, daß eine von außen gesteuerte Minorität, „ohne ihre politische Identität offenzulegen, nur mit Hilfe dieses Unerkannbleibens Machtpositionen erobert“, dann kann dieser Begriff auf die belegten Aktivitäten von als kommunistisch identifizierten Gruppen eigentlich nicht angewendet werden¹³⁾.

Bevor dies im folgenden belegt wird, muß an dieser Stelle, an welcher die Entwicklung der Universität Oldenburg angesprochen worden ist, ein entscheidender Einwand gegen die Methode der beiden Autoren vorgebracht werden. Sie stützen ihre Aussagen zum überwiegenden Teil auf Belege aus den Jahren 1972—1979; insgesamt 38 von 58 die Universität direkt betreffenden Zitate bzw. Nachweise stammen aus dieser Zeit. Diese Methode, mit Vorfällen und Daten der Vergangenheit die Gegenwart zutreffend beschreiben zu wollen, hat noch nie zu stichhaltigen Ergebnissen geführt. Sie ist bei einer Universität mit der be-

kannt hohen Fluktuation im Personalbereich besonders fragwürdig — und erst recht bei einer Neugründung wie die der Universität Oldenburg. Hier kommt zu der üblichen Fluktuation, die allein das Bild einer Universität nicht unwesentlich zu verändern vermag, eine erhebliche Ausweitung des Stellenplans hinzu. So ist z. B. allein die Anzahl der wissenschaftlichen Stellen an der Universität Oldenburg in den Jahren 1974 bis 1981 von 272 auf 399 gestiegen, bezogen auf die Ausgangsbasis im Jahr 1974 also um fast 50 Prozent. Eine Analyse, die ernst genommen werden soll, kann derartige Veränderungen in einem entscheidenden Untersuchungsbereich nicht schlicht ignorieren¹⁴⁾.

Aus diesem grundsätzlichen Einwand sollte nun freilich nicht geschlossen werden, daß das von den beiden Autoren gemalte Bild der Universität Oldenburg in früheren Jahren zutreffend gewesen wäre. Ihre grundlegende Voraussetzung der politischen Apathie läßt sich für den in den Selbstverwaltungsgremien am besten repräsentierten und daher auch hochschulpolitisch entscheidenden Bereich der Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern zu keiner Zeit nachweisen. Seit die Universität im Sommersemester 1974 ihren Lehrbetrieb aufgenommen hat, haben im Zwei-Jahres-Rhythmus vier Wahlen zu den zentralen Gremien der Universität stattgefunden. Die Wahlbeteiligung der Professoren schwankte dabei zwischen 94,4% im Jahr 1975 als niedrigstem und 97,4% im Jahre 1977 als höchstem Wert; die wissenschaftlichen Mitarbeiter verzeichneten die geringste Wahlbeteiligung mit 77,4% im Jahr 1979 und die größte mit 87,3% im Jahr 1975. Bei diesem Maß an politischer Beteiligung konnte eine kommunistische Unterwanderung aufgrund politischer Apathie nicht stattfinden, und die beiden Autoren ver-

¹⁴⁾ Besonders fragwürdig wird diese Methode dort, wo längst überholte Daten des Jahres 1977 herangezogen werden, um eine bestimmte Personalsituation im Wintersemester 1980/81 zu problematisieren. So wird der Hinweis, daß 32 Prozent der Oldenburger Studenten als Nichtabiturienten in die Universität kommen, mit der Information verknüpft, daß diese Studenten durch den Vorsitzenden des MSB/SHB-ASTA und eine „MSB-Studentenparlamentskandidatin“ beraten und betreut werden. Der Hinweis auf die Prozentzahl bezieht sich auf die Situation im Jahr 1977, die Information über die Betreuer auf das Wintersemester 1980/81, als sich der Prozentsatz bereits mehr als halbiert hatte (14,0%). Vgl. Vilmar/Rudzio, a. a. O., S. 23.

¹³⁾ Vilmar/Rudzio, a. a. O., S. 14.

meiden es denn auch, anhand der vorliegenden Ergebnisse der Wahlen zu den entscheidenden Gremien der Universität (Konzil und Senat) oder aber anhand der konkreten Berufungspolitik dieser Gremien die realen politischen Gewichtsverhältnisse zu beschreiben. Die Wahlergebnisse zeigen sowohl bei der Gruppe der Professoren wie bei der der wissenschaftlichen Mitarbeiter, daß der Stimmenanteil des sogenannten „antimonopolistischen Bündnisses“¹⁵⁾ seit 1975 kontinuierlich zurückgegangen ist. Bei der Gruppe der Hochschullehrer erzielte der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) im Jahr 1975 17,6% der abgegebenen Stimmen. Er wird von Vilmar/Rudzio ohne Einschränkung dem sowjetkommunistischen Block zugerechnet, obwohl dies für das Jahr 1975, d. h. vor der auch von Vilmar/Rudzio erwähnten Spaltung, eindeutig falsch ist und auch für die Gegenwart sicher nur mit großen Einschränkungen stimmt. Im Jahr 1977 erreichte der BdWi 13,0% der Hochschullehrerstimmen, 1979 waren es 8,4% und 1981 nur noch 5,6%. Die gleiche Entwicklung vollzog sich im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter, wo der Stimmenanteil des BdWi von 32,3% im Jahr 1975 über 26,2% im Jahr 1977 und 23,3% im Jahr 1979 auf 15,7% im Jahr 1981 zurückgegangen ist. Es muß hinzugefügt werden, daß ein Hochschullehrer oder wissenschaftlicher Mitarbeiter, der Mitglied der DKP ist oder ihr politisch nahesteht, ab 1977 sicher BdWi gewählt hat. Aber ebenso sicher ist, daß nicht jeder, der den BdWi gewählt hat, deshalb als DKP-orientiert anzusehen oder dem „antimonopolistischen Bündnis“ zuzurechnen ist, wie die allzu stark vereinfachende Beweisführung der beiden Autoren glauben machen möchte.

Den Rückgang der BdWi-Stimmen führen auch die Autoren an, aber sie lassen sich in ihrer politischen Analyse dadurch nicht beeindrucken. Sie erwähnen auch nicht, daß bei den Hochschullehrern die politisch offene Gruppierung „Demokratische Hochschule“, der Rudzio selbst angehört, in allen Wahlen beachtliche Wahlerfolge erzielen konnte. Sie erhielt im Jahr 1975 58% der Hochschullehrerstimmen, wobei dieses Wahlergebnis im Vergleich zu den folgenden als ein Sonderfall gelten muß, da sie in dem von ihr abgedeckten hochschulpolitischen Spektrum ohne Konkurrenz antrat. Im Jahr 1977 nahm der als sozialdemokratisch einzustufende „Hochschulpolitische Arbeitskreis Oldenburg“ der Gruppe „Demokratische Hochschule“, die 47% der Stim-

men auf sich vereinigte, 11 Prozentpunkte ab und erreichte 14% der Stimmen; doch schon bei der nächsten Wahl im Jahr 1979 erlangte die „Demokratische Hochschule“ mit 52,45% wieder die absolute Mehrheit der Hochschullehrerstimmen, die sie im Jahr 1981 auf 55,5% ausbauen konnte. Auch der Hochschulpolitische Arbeitskreis, nun umbenannt in „Arbeitskreis Hochschulpolitik“ (AKH), verzeichnete wachsende Stimmenanteile — nämlich 15,4% im Jahr 1979 und 17,3% im Jahr 1981¹⁶⁾.

Bei der Statusgruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter ist der Einfluß des BdWi sicher größer als unter den Hochschullehrern. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß der BdWi sich gezielt für die Interessen dieser Statusgruppe engagiert und zudem die politische Gruppierung „Demokratische Hochschule“ bewußt darauf verzichtet hat, eine politische Vertretung der wissenschaftlichen Mitarbeiter aufzubauen. Aber auch hier zeigt nicht nur die Tatsache, daß der Stimmenanteil des BdWi sich von 1975 bis 1981 mehr als halbiert hat, die Unhaltbarkeit der Unterwanderungsthese.

Auf der einen Seite haben nach der Spaltung des BdWi die beiden als insgesamt sozialliberal einzustufenden Gruppierungen AKH und „Liste Büttemeyer“ zusammengerechnet jeweils 44,8% (1977), 44,03% (1979) und 37,4% (1981) der Stimmen der wissenschaftlichen Mitarbeiter erreicht. Auf der anderen Seite kann auch der Wahlerfolg der „Linken Liste“, deren Stimmenanteil von 38,6% im Jahr 1975 über 29,0% im Jahr 1977 und 32,7% im Jahr 1979 auf 46,9% im Jahr 1981 gestiegen ist, nicht als Beleg für die Argumentation der beiden Autoren dienen. Die „Linke Liste“, ein relativ lockerer Zusammenschluß von politisch links stehenden Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern, grenzt sich in ihrer Grundposition bewußt und entschieden gegenüber der DKP ab. Daß sie in Einzelfällen gelegentlich politische Argumente vertritt, denen sich auch DKP-Vertreter anschließen können, macht sie deshalb nicht dem „antimonopolistischen Bündnis“ zurechenbar.

Die hier aufgezeigte politische Entwicklung in der Universität Oldenburg muß vor allem dann als Widerlegung der Unterwanderungsthese verstanden werden, wenn dabei die Ausgangsbedingungen dieser Entwicklung berücksichtigt werden. Ohne Zweifel ist die Universität seit ihrer Gründung ein bevorzugtes

¹⁵⁾ Vgl. Vilmar/Rudzio, a. a. O., S. 21.

¹⁶⁾ Vgl. dazu und zu den folgenden Wahlergebnissen Uni-Info 5/75, 4/77, 3/79, 11/81.

Ziel kommunistischer Einflußversuche gewesen. Solche Versuche sind im Dienstleistungsbereich, obwohl die ÖTV-Betriebsgruppe sich aktiv mit kommunistischen Positionen auseinandergesetzt hat, wie vor allem im Hinblick auf die verfaßte Studentenschaft, nicht ohne Erfolg geblieben¹⁷⁾. Trotz dieser Ausgangsbedingungen hat sich etwa bei den Berufungen von Hochschullehrern das „antimonopolistische Bündnis“ von MSB/SHB/BdWi/DKP keineswegs durchsetzen können — und zwar nicht, weil der zuständige Minister eine gegen die Universität gerichtete Berufungspolitik betrieben hätte. Die Zahl der Fälle, bei denen man vermuten kann, daß Berufungsvorschläge der Universität aufgrund von DKP-Zugehörigkeit oder -Orientierung der Bewerber zurückgewiesen worden sind, läßt sich — bei nahezu 100 Berufungen — an einer Hand aufzählen. Dabei sind — vor allem in der Gründungsphase der Universität — durchaus auch marxistisch orientierte Wissenschaftler in Vorschlag gebracht worden, um die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie zu fördern. Jedenfalls hätte auch ohne die wenigen ministeriellen Eingriffe eine kommunistische Unterwanderung

des Lehrkörpers nicht stattfinden können. Die zitierten Wahlergebnisse zeigen vielmehr, daß genau das Gegenteil der behaupteten Entwicklung eingetreten ist.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß die Autoren nur ein einziges Mal einen Beschluß des Senats, des entscheidenden Organes der Universität, anführen¹⁸⁾. Auch was das häufig zitierte Konzil anbetrifft, kann ihre Argumentation nicht überzeugen. Sie vernachlässigt im Hinblick auf die behauptete „manipulative Bewußtseinsbildung“ im Zusammenhang der „Berufsverbote“ und auf die zitierten Beschlüsse des Konzils aus den Jahren 1975—1977 völlig das Maß an Kritik, das Begründung und Praxis des Extremistenbeschlusses in einer breiten Öffentlichkeit gefunden hatten. Das Konzil hat wesentliche Argumente vorgebracht, die in der politischen Diskussion z. B. auch von angesehenen Verfassungsrechtlern angeführt worden sind¹⁹⁾. Aus der Wahl von bestimmten Formulierungen durch das Konzil auf dessen kommunistische Unterwanderung zu schließen, erscheint unter den dargelegten Bedingungen zumindest als abwegig.

IV. Das politische Verhalten der Studenten: politische Apathie und bewußte Verweigerung

Die These von Vilmar/Rudzio, daß an der Universität Oldenburg politische Apathie zu einer kommunistischen Unterwanderung geführt hat, kann nur für den Bereich der verfaßten Studentenschaft eine gewisse Plausibilität beanspruchen. Freilich wäre zumindest ein Hinweis auf die Vergleichbarkeit der Situation an der Universität Oldenburg mit der an anderen Hochschulen angebracht gewesen. Denn wenn eine solche Analyse nicht nur in böswilliger Absicht verfaßt wird, sondern mit dem erkenntnisleitenden Interesse, eine als negativ bewertete Entwicklung in ihren Ursachen zu ergründen, um Möglichkeiten der Gegen-

steuerung zu erkunden, dann hätte die Fragestellung auf die Tatsache der weitverbreiteten politischen Apathie unter den Studenten und auf deren Gründe ausgedehnt werden müssen. Dies kann an dieser Stelle nicht nachgeholt werden, aber es sollen doch einige erläuternde Fakten und begründende Argumente angefügt werden, die die Situation genauer charakterisieren als die von Vilmar/Rudzio vorgestellte „Flugblatt-Wirklichkeit“ der Universität Oldenburg. Wenn man in dem Maße, wie Vil-

¹⁷⁾ In bezug auf die Studentenschaft unterscheidet sich die Universität Oldenburg durchaus nicht von vielen anderen deutschen Hochschulen. Das politische Bündnis des SHB mit dem MSB bestimmt an mindestens 13 von 60 Hochschulen (u. a. an den Universitäten Bonn, Hohenheim, Hamburg und Mainz) die Politik der Allgemeinen Studentenausschüsse. Vgl. Westdeutsche Rektorenkonferenz, Übersicht über die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen im Sommersemester 1981, Dokumentation Nr. 33, Bonn, 15. September 1981.

¹⁸⁾ Am Rande sei erwähnt, daß die beiden Autoren z. B. in der Darstellung der Auseinandersetzung um die Namensfrage gegen ihre Argumentation sprechende Senatsbeschlüsse vom 5. 3. 1980 und 9. 9. 1981 übergehen.

¹⁹⁾ Dies gilt auch für die von Vilmar/Rudzio dem Konzil vorgeworfene Redeweise von den „verfassungswidrigen Berufsverbote“; vgl. dazu Erhard Denninger (Hrsg.), *Freiheitlich Demokratische Grundordnung*, 2. Bde., Frankfurt 1977. In seinem Sondervotum zur Radikalenentscheidung vom 22. 5. 1975 hat Bundesverfassungsrichter Dr. Rupp betont, daß nach seiner Auffassung das Urteil gegen das Parteienprivileg nach Art. 21 Abs. 2 GG verstoße; vgl. a. a. O., Bd. II, S. 548 ff.

mar/Rudzio dies für möglich halten, eine Situationsbeschreibung auf die Analyse von Flugblättern stützt, kann das Ergebnis nur einen Ausschnitt aus der Gesamtwirklichkeit erfassen.

Bei der Darstellung der „stolzen Wahlergebnisse“²⁰⁾ von SHB und MSB unterlassen es die Autoren, auf die Wahlbeteiligung einzugehen, die diesen Ergebnissen zugrundeliegt. Die Beteiligung der Studenten an den jährlichen Wahlen zum Studentenparlament, das den Allgemeinen Studentenausschuß (ASTa) wählt, ist von 50,3% im Jahr 1974 nahezu stetig — mit einer Ausnahme im Jahr 1977 — auf 21,9% im Jahr 1981 zurückgegangen²¹⁾. An den vier Wahlen zu den zentralen Gremien der Universität, in die die Studentenschaft 14 (Konzil) bzw. zwei (Senat) Vertreter entsendet, haben die Studenten in noch geringerem Umfang teilgenommen. Außer im Jahr 1977, als 27,3% der Studenten wählten, lag die Wahlbeteiligung immer unter 17%.

Fragt man nach den Gründen für diese auffallend geringe Wahlbeteiligung im allgemeinen und für die Entwicklung an der Universität Oldenburg im besonderen, dann kann für eine generelle Erklärung auf Ergebnisse der Partizipationsforschung zurückgegriffen werden. Sie hat nachgewiesen, daß das Maß an politischer Beteiligung in einer positiven Wechselbeziehung steht u. a. mit der Überschaubarkeit des jeweiligen Politikbereichs, mit der Kenntnis der entscheidungsrelevanten Personen sowie mit den tatsächlich gegebenen Einflußmöglichkeiten²²⁾. Daher kann die geringe Wahlbeteiligung der Studenten bei den Wahlen zu den zentralen Gremien der Hochschulen nicht überraschen. Auf die Zahl der Studenten bezogen ist deren Repräsentanz in diesen Gremien im Vergleich zu der der Professoren oder wissenschaftlichen Mitarbeiter so ge-

ring, daß konkrete Einflußmöglichkeiten für den einzelnen Wähler kaum vorhanden sind — zumal auch bei den für die Studentenschaft wesentlichen Fragen der Studien- und Prüfungsordnungen die Entscheidungskompetenz der universitären Gremien durch zunehmende staatliche Eingriffe erheblich eingeschränkt worden ist.

Daß neben den subjektiven Faktoren der politischen Sozialisation die strukturellen Voraussetzungen im Hinblick auf politische Beteiligung oder politische Apathie eine entscheidende Rolle spielen, läßt sich an der Entwicklung der Universität Oldenburg gut belegen. Je mehr die Zahl ihrer Mitglieder, insbesondere der Studenten, anstieg (1974: 2969 Studenten, 1981: 5685 Studenten), je weniger überschaubar sie also für den einzelnen Studenten wurde, um so geringer war in der Regel die Beteiligung an den Wahlen zum Studentenparlament. Ein weiteres strukturelles Element, das den Ausstieg der Studenten aus der Hochschulpolitik förderte, stellt die Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes dar, durch welche im Jahr 1978 die Beteiligungsrechte der Studenten weiter beschnitten worden sind. Vor dem Inkrafttreten der Novelle lag die Wahlbeteiligung der Oldenburger Studenten bei fünf vorausgegangenen Wahlen zum Studentenparlament bei durchschnittlich 46%; bei den folgenden drei Wahlen erreichte sie im Durchschnitt nur noch 26,7%.

Wenn heute auch von Politikern häufig die politische Apathie eines überwiegenden Teils der Studentenschaft beklagt wird, dann kann ihnen der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie selbst für das mitverantwortlich sind, was sie der Studentenschaft anlasten. Es kann hier nicht die Frage diskutiert werden, welche Paritäten der Statusgruppenvertretung in welchen Gremien der Hochschulen sachlich angemessen und politisch sinnvoll sind. Aber wenn von politischer Apathie der Studentenschaft die Rede ist, können die von der Beteiligungsforschung erhellten Zusammenhänge nicht außer acht gelassen werden. Sie machen verständlich, daß unter den gegebenen Bedingungen im wesentlichen nur diejenigen sich politisch engagieren, die bereits vorher eine politische Sozialisation erfahren haben, oder diejenigen, die durch das soziale und politische Umfeld, das sie in den Hochschulen antreffen, politisch motiviert werden.

Angesichts der Bedingungen, unter denen an der Universität Oldenburg z. B. im Sommersemester 1981 5685 Studenten auf knapp 3000

²⁰⁾ Vilmar/Rudzio, a. a. O., S. 21.

²¹⁾ Die Wahlbeteiligung lag damit geringfügig unterhalb des Durchschnitts der Beteiligung an den Studentenparlamentwahlen an anderen deutschen Universitäten und Hochschulen im Jahr 1981. Vgl. dazu Westdeutsche Rektorenkonferenz, a. a. O.

²²⁾ Vgl. dazu Michael Buse, Reinhard Oppermann, Sozialpsychologische und soziostrukturelle Determinanten politischer Partizipation, Referat zum 18. Deutschen Soziologentag 1976 in Bielefeld, Manuskript, S. 12; Jürg Steiner, Bürger und Politik, Meisenheim am Glahn 1969, S. 85ff. Auch die Erkenntnis, daß die Partizipationsbereitschaft vom sozio-ökonomischen Status abhängt, wird durch die dargelegte unterschiedlich hohe Beteiligung der verschiedenen Statusgruppen an den Gremienwahlen bestätigt. Vgl. dazu Bernt Armbruster, Rainer Leisner, Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik, Göttingen 1975, S. 7.

flächenbezogenen Studienplätzen studieren mußten, ist es kaum verwunderlich, daß „systemkritische“ Gruppen wie SHB und MSB relativ großen Zulauf erhielten. Es ist sicher nicht zu widerlegen, daß SHB und MSB gezielt versuchen, Studienanfänger zu betreuen und zu beraten²³⁾, so wenig zu leugnen ist, daß dies nicht ohne politische Absichten geschieht. Aber was beide Gruppen im Sinn der Integration der Studienanfänger in die Universität leisten, kann nicht schlechthin als „Kaderpolitik“ verdächtigt werden. Dafür ist das Problem der Anonymisierung und Vereinsamung auch an einer kleinen Hochschule zu gravierend und die Zunahme von Verunsicherung der Studenten aufgrund erheblich reduzierter Zukunftsaussichten zu signifikant — ganz abgesehen davon, daß der Hinweis auf das besondere Engagement von SHB und MSB Defizite auch im Verantwortungsbereich von Hochschullehrern anzeigt.

Für das politische Verhalten der Oldenburger Studenten ist insgesamt kennzeichnend, daß sie in ihrer Mehrheit — was auch Vilmar/Rudzio zugeben — „auf diesem Wege nicht zu erreichen (sind)“²⁴⁾. Ihre geringe Wahlbeteili-

gung enthält auch ein bestimmtes Maß an politischer Verweigerung in dem Sinne, daß sie die angebotenen politischen Alternativen nicht akzeptieren. Eine solide Basis in der Studentenschaft haben SHB und MSB jedenfalls nicht, und sie können in der Regel nur dann etwas bewirken, wenn sie Interessen eines größeren Teils der Studentenschaft artikulieren. Wie unstabil ihre Position im Grunde ist, belegt die Wahl zum Studentenparlament im Jahr 1977, als in Gestalt einer Basisgruppe sowie einer Juso-Hochschulgruppe eine wirkliche Alternative zur SHB/MSB-Koalition auftrat. Die Wahlbeteiligung erreichte bei dieser Wahl entgegen dem Trend die höchste Marke der letzten acht Jahre; SHB und MSB verloren ihre Mehrheit. Eine unvoreingenommene politische Analyse kann dies nicht nur als „Betriebsunfall“ in den Augen von SHB und MSB abtun²⁵⁾. Diese stellten zwar in den folgenden Jahren wieder den AstA, aber die Wahl von 1977 wie auch die gegenwärtige Entwicklung²⁶⁾ zeigen, daß auch im Bereich der Studentenschaft der Universität Oldenburg die These von einer kommunistischen Unterwanderung differenzierter gesehen werden muß, als es die beiden Autoren für nötig halten.

V. Schlußfolgerungen

Die vorausgegangene Auseinandersetzung mit den Ausführungen von Vilmar/Rudzio über die Universität Oldenburg sollte bewußt keine Gegendarstellung im presserechtlichen Sinne sein. Daher ist darauf verzichtet worden, auf alle Fehldeutungen, Unterstellungen oder Auslassungen näher einzugehen²⁷⁾. Es sollte ausschließlich die grundlegende These der kommunistischen Unterwanderung infolge politischer Apathie überprüft werden. Zwei Schlußfolgerungen können abschließend gezogen werden:

1. Die Ausführungen von Vilmar/Rudzio erwecken den Eindruck, daß eine erhebliche Voreingenommenheit über die wissenschaftliche Unbestechlichkeit gesiegt hat. Die Wirklichkeit der Universität ist vor allem anhand von Flugblättern ermittelt und dargestellt worden. Sicher sind auch sie Bestandteil der politischen Situation an der Universität — und gewiß nicht immer ein erfreulicher. Aber es kann rationalen Kriterien nicht standhalten,

wenn auf diesem Hintergrund die politische Atmosphäre an der Universität Oldenburg als

²³⁾ So Vilmar/Rudzio, a. a. O., S. 21.

²⁶⁾ Der Einflußverlust des AstA ist seit längerem Gegenstand von studentischen Publikationen; vgl. dazu jüngst Eigensinn, Zeitung der Gruppe S.I.N.N. (Studenten der Sozialwissenschaften), Nr. 1, Oldenburg 1981, S. 1.

²⁷⁾ Es kann aber nicht unerwähnt bleiben, daß die Autoren gelegentlich auch mit Erschleichungen arbeiten. Beispiel 1: Der Universitätsrektor der Jahre 1974—1979 wird als Objekt erfolgreicher kommunistischer Einflußversuche vorgestellt, weil er — obwohl ursprünglich gegen die Stimmen von MSB/SHB/BdWi/DKP gewählt — bei seiner Wiederwahl deren Stimmen erhalten hat. Das wird von den Autoren mit seinem politischen Wohlverhalten gegenüber diesen Gruppen erklärt (a. a. O., S. 22). Verschwiegen wird dagegen, daß der breite Konsens bei dieser Wiederwahl hauptsächlich auf erhebliche Außenkonflikte der Universität mit der Folge einer internen Solidarisierung zurückzuführen ist. Beispiel 2: Die Autoren verweisen auf „das dramatische Ansteigen des DKP-Stimmenanteils in Oldenburg auf nun 7,9% (Kommunalwahl 1981)“ (a. a. O., S. 26) und erwecken dabei den Eindruck, als ob dafür die gegenwärtige Situation an der Universität mitverantwortlich sei. Die DKP erhielt bei dieser Wahl ca. 16 000 Stimmen, eine Zahl also, die bei dem nach-

²³⁾ Vgl. Vilmar/Rudzio, a. a. O., S. 23.

²⁴⁾ Ebd.

„Lagermentalität“ gekennzeichnet wird, in welcher „die politisch-gesellschaftliche Umwelt vielfach als feindliche empfunden wird“²⁸⁾. Ob dies in früheren Jahren einmal eine zutreffende Charakterisierung gewesen wäre, kann wohl bezweifelt werden; daß sie für die Gegenwart keinesfalls zutreffen kann, sollte die dargelegte politische Entwicklung an der Universität Oldenburg hinreichend deutlich gemacht haben.

2. Diese Entwicklung kann zum anderen als Beleg dafür gewertet werden, daß es besonderer rechtlicher oder administrativer Regelungen nicht bedarf, um einer kommunistischen

weislich verschwindend geringen Anteil an DKP-Orientierung bei den etwa 6 500 Universitätsangehörigen, von denen zudem ein großer Teil nicht in Oldenburg wahlberechtigt ist, allenfalls am Rande mit universitären Entwicklungen zusammenhängen kann. Vor allem Rudzio weiß als Kenner der Kommunalpolitik in Oldenburg, daß die Stimmengewinne der DKP im Jahr 1981 fast ausschließlich auf das Konto der etablierten Parteien gehen. Wenn viele Oldenburger Wähler von ihren drei Stimmen zwei der CDU und eine der DKP gegeben haben, dann zeigt dieses absonderliche Wahlverhalten die tatsächlichen Gründe für den Erfolg der DKP. Sie liegen mit Sicherheit nicht in der Universität.

Unterwanderung begegnen zu können. Obwohl die Universität Oldenburg ein bevorzugtes Objekt entsprechender Einflußversuche gewesen ist, ist ihnen aufgrund der gegebenen politischen Struktur mit wachsendem Erfolg Widerstand geleistet worden. Gerade weil entscheidende Bereiche der Universität nicht durch politische Apathie, sondern durch ein hohes politisches Engagement gekennzeichnet waren und sind, konnte der Versuch einer „Kaderpolitik“ je länger je weniger gelingen. Die demokratischen Strukturen einer „Reformuniversität“ haben ein politisches Verhalten geprägt, das auf kommunistische Aktivitäten mit Gelassenheit, aber auch mit der gebotenen demokratischen Selbstsicherheit reagiert hat. Die Entwicklung an der Universität Oldenburg kann beispielhaft dafür sein, daß dann, wenn Politik und Justiz der Selbstheilungskraft der Demokratie und damit auch der politischen Kultur der Bundesrepublik neue Chancen geben, zuverlässige *politische* Lösungen gefunden werden in der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.

²⁸⁾ So Vilmar/Rudzio, a. a. O., S. 26.

Rauch — aber kein Feuer?

Zu kommunistischen Einflußstrategien an der Universität Oldenburg. Eine Antwort auf den Beitrag von Horst Zilleßen

Scheinbar großzügig geht die Stellungnahme des Präsidenten der Universität Oldenburg auf die in Vilmar/Rudzio angeblich „falschen oder polemisch verzerrten Deutungen“ von Fakten „nur in begrenztem Umfang“ ein. Soweit die Kritik auf diese Weise unkonkretisiert bleibt, läßt sich ihr nur mit dem Hinweis begegnen, daß der Stellungnahme von H. Zilleßen weit mehr Raum als dem kritisierten Exkurs zur Verfügung stand und es daher wenig überzeugt, wenn man dennoch so viele scharfe Patronen unverschossen in der Tasche behalten will. Durchstößt man weiter den Schleier allgemein theoretischer Ausführungen oder für den strittigen Zusammenhang

weniger relevanter Daten, tritt zutage, was faktisch unbestritten bleibt oder ausdrücklich bestätigt wird: die konkret genannten Vorgänge und Daten, insbesondere auch die wirksamen Werbungsmethoden des „antimonopolistischen Bündnisses“ bei den Studierenden, dessen erheblicher Einfluß im Dienstleistungsbereich und die Fakten zum inneruniversitären Meinungsklima. Die Einwände konzentrieren sich statt dessen in vier allgemeinen Punkten primär der Deutung und Interpretation. Auf sie soll daher im Folgenden eingegangen werden, wobei auch einige Einzelkritik aufzunehmen ist.

Politische Apathie — kein relevanter Aspekt?

Ein erster zentraler Einwand lautet: Es gäbe, außer bei den Studierenden, keine politische Apathie an der Universität; auch sei „Apathie“ nicht spezifisch definiert worden (vgl. Abschnitt II: Politische Apathie: ein ungeprüfter Maßstab).

Letzteres trifft zu. Partizipation/Apathie als gängige Begriffe schienen nicht problematisch, zudem üblicherweise in mehreren Dimensionen von Handlungsmöglichkeiten gefaßt¹⁾, die für die verschiedenen von uns behandelten Bereiche (Gewerkschaften, gewerkschaftliche Bildungsinstitutionen, Universität) jeweils zu spezifizieren allzu weit geführt hätte.

Zilleßen seinerseits möchte nun inneruniversitäre politische Partizipation allein an Wahlbeteiligung messen, während er für den staatlich-politischen Bereich diese als Indikator ab-

lehnt. Die Begründung hierfür: eine ständige Rückkoppelung Wähler—Gewählte in der Universität einerseits, deren Fehlen sowie ein „Entmachtungsprozeß“ der gewählten Parlamente zugunsten der Exekutive im politischen Raum andererseits. In dieser Zuspitzung trifft beides jedoch nicht zu: Übergangen sind inneruniversitäre Kommunikationsmängel ebenso wie der für Demokratien konstitutive Mechanismus der „antizipierten Reaktion“ (C. J. Friedrich), d. h. dort auch vorhandene Rückkoppelungen; entgegen Zilleßen sind politische Wahlen zwar grobe, aber wichtige inhaltliche Richtungsentscheidungen und somit Partizipationsakte. Darüber hinaus beruht die Verurteilung der Verfassungswirklichkeit („Widerlegung der demokratischen Theorie durch die politische Wirklichkeit“), soweit als Entmachtung von Parlamenten gekennzeichnet, unverkennbar auf einem gewissen Mißverstehen parlamentarischer Parteiendemokratie — müssen doch in dieser Parlamentsmehrheit Regierung und politische Verwal-

¹⁾ Wie etwa in neueren empirischen Studien; vgl. Samuel H. Barnes/Max Kaase (Hrsg.), *Political Action*, Beverly Hills-London 1979; Klaus R. Allerbeck, *Politische Ungleichheit*, Opladen 1980.

tungsspitzen als politische Einheit begriffen werden²⁾.

Zur Prüfung inneruniversitärer Partizipation/Apathie wären daher nicht nur Wahlbeteiligung, sondern auch Gremienanwesenheit und schriftliche/mündliche politische Beiträge als hinreichende und zugleich operationalisierbare Indikatoren einzusetzen. Ohne dies hier systematisch nachzuholen, deuten sie auf folgendes Bild der Oldenburger Situation:

— Die Wahlbeteiligung zeigt eine unsere These eindeutig stützende Korrelation: Je höher die Wahlbeteiligung in einer Statusgruppe, desto niedriger der Anteil „antimonopolistischer“ Bündnisgruppen in ihr. Man vergleiche die Angaben in Vilmar/Rudzio S. 21 mit der Beteiligung bei der in dieser Hinsicht typischen Konzilswahl 1981, an der 96,5% der Professoren, 81,3% der wissenschaftlichen und 59,3% der übrigen Mitarbeiter sowie 14,2% der Studierenden teilnahmen³⁾. In dieses Bild fügt sich, daß bei den Personalratswahlen 1980 die Beteiligung bei Arbeitern 80, Angestellten 61,2, bei Beamten nur 55,6% betrug und just gerade die Beamtenvertreter im Personalrats-

vorstand Repräsentanten „antimonopolistischer“ Gruppen stellen⁴⁾.

— Mangelnde Präsenz ist nicht allein in studentischen Vollversammlungen, sondern auch bei anderen Statusgruppen in Kommissionen oder Professoren-Fraktionssitzungen (mit 30% und weniger Anwesenden) zu beobachten, nicht zuletzt im Konzil; so wurde beispielsweise der bei Vilmar/Rudzio S. 26 erwähnte Konzilsbeschluß vom 1. 7. 81 mit 28 zu 23 Stimmen bei 6 Enthaltungen gefaßt⁵⁾, obwohl dieses Gremium 91 Mitglieder zählt.

— Was politische Äußerungen betrifft, ist zumindest prima facie der Kontrast zwischen großer Aktivität einerseits, relativer Passivität andererseits mehr als deutlich.

Fazit: Politische Apathie ist „vor allem“ bei Studierenden anzutreffen (so schon Vilmar/Rudzio, S. 26), in geringerem Maße aber auch bei anderen Statusgruppen. Dichotomisierende Betrachtungsweisen — entweder apathisch oder nicht (vgl. Abschnitt III, Anfang) — verstellen sich diese Erkenntnis. Der Grad „antimonopolistischen“ Einflusses korreliert positiv mit Apathie (die im übrigen kein „Maßstab“ für Unterwanderung sein sollte).

Zilleßens Unterwanderungsthese und ihre Widerlegung

Ein zweiter zentraler Einwand besteht in der Behauptung, „eine kommunistische Unterwanderung im unterstellten Sinne hat nicht stattgefunden“; triumphierend wird schließlich „die Unhaltbarkeit der Unterwanderungsthese“ festgestellt (vgl. Abschnitt III. Zur politischen Entwicklung der Universität Oldenburg).

Belegen sollen dies viele, teils auch weniger relevante Zahlen über Personalstellen und Wahlergebnisse DKP-naher wie anderer Gruppen (wobei deren politische Etikettierung das links der SPD befindliche, nicht DKP-orientierte Spektrum zum Teil herunterspielt). So überzeugend dies auf den ersten Blick wir-

ken mag — tatsächlich trifft Zilleßen doch mehr einen selbstgefertigten Popanz:

— Was er zutage fördert: die Minoritätsposition der „antimonopolistischen“ Gruppen und ihr deutliches prozentuales Zurückfallen im Lehrkörper, ist bereits knapp bei Vilmar/Rudzio S. 21/22 nachzulesen, wo zudem von Minderheitspositionen ausgehende Gremienstrategien ausdrücklich erwähnt werden.

— Obwohl so behauptet, geht Zilleßen gerade nicht von dem bei Vilmar/Rudzio zugrunde gelegten Unterwanderungsbegriff (= daß „eine von außen gesteuerte Minorität, ohne ihre politische Identität offenzulegen, nur mit Hilfe dieses Unerkanntseins Machtpositionen erobert und die Organisation zu steuern versucht“, kurz: überproportionalen Einfluß aus-

²⁾ Hierauf wies bereits in der Auseinandersetzung mit Jaeggi und Agnoli u. a. hin Winfried Steffani, *Parlamentarische Demokratie — Zur Problematik von Effizienz, Transparenz und Partizipation*, in: ders. (Hrsg.), *Parlamentarismus ohne Transparenz*, Opladen 1971, S. 17 ff., hier S. 30 ff.

³⁾ uni-info der Universität Oldenburg, 9. 6. 1981.

⁴⁾ uni-info, 31. 3. 1980; Vilmar/Rudzio, S. 23.

⁵⁾ Prot. Konzil der Universität Oldenburg, 1. 7. 1981.

übt, Vilmar/Rudzio, S. 14) aus, sondern setzt Unterwanderung offenbar mit Mehrheit und klarer Dominanz gleich. Erst auf dieser Grundlage wird der Schein einer Widerlegung erzeugt. Eine tatsächliche Widerlegung hätte sich statt dessen mit der dargestellten verdeckten und wirksamen Werbung sowie mit

dem Einschleusen (offenbar unerkannter) geistiger Konterbande auseinandersetzen müssen.

— Im übrigen war nicht die Universität Oldenburg Untersuchungsgegenstand, sondern Methoden und — freilich auch — Wirkungen kommunistischer Einflußnahme *in* ihr.

Nur Schnee von gestern?

Zilleßen räumt ein, daß in der Vergangenheit in Bereichen der Universität der kommunistische Einfluß „nicht ohne Erfolg geblieben“ sei, kritisiert aber, es sei unzulässigerweise versucht worden, mit Vorgängen aus der Vergangenheit vor 1980 die gegenwärtige Situation zu beschreiben (vgl. Abschnitt III: Zur politischen Entwicklung der Universität Oldenburg).

Nun wäre es aber kaum möglich, Einflußstrategien adäquat durch eine Momentaufnahme des Jahres 1980 (der Exkurs ist bis auf wenige Nachschübe bereits Anfang 1981 fertiggestellt worden) zu erfassen; deren Strukturen blieben während des betrachteten Zeitraumes im wesentlichen unverändert.

Auch sind die tatsächlich relevanten Verschiebungen im Lehrkörper, auf die Zilleßen hinweist, bereits bei Vilmar/Rudzio S. 21 dargestellt und u. a. auf das Anwachsen des wissenschaftlichen Personals zurückgeführt⁶⁾. In welchem Maß sich darüber hinaus von hier aus bzw. aus anderen Gründen weitergehende Wandlungen des inneruniversitären Klimas durchgesetzt haben, scheint der eigentlich strittige Punkt.

Von Zilleßen hierzu konkret gegebene Hinweise erweisen sich bei näherem Zusehen allerdings nicht als durchschlagend. So will Anmerkung 27 „mit Sicherheit“ ausschließen, daß die Binnensituation in der Universität mitver-

antwortlich (nur dies war auch behauptet worden) für die 7,9% DKP-Stimmen bei der Kommunalwahl 1981 in der Stadt Oldenburg sei. Nun treffen schon die angedeuteten zahlenmäßigen Relationen nicht ganz zu — gab es doch lediglich 16117 DKP-Stimmen, die aufgrund des Drei-Stimmen-Wahlrechts rechnerisch nur 5372 Voll-Wählern entsprechen. Besonders aber widerspricht es aller Plausibilität, wenn inneruniversitäre DKP-Orientierungen sich nicht auch außerhalb auswirken würden. Hierfür sprechen denn auch überdurchschnittliche DKP-Anteile in den universitätsnäheren Bezirken Stadtwesten und -mitte (was allein keinen kausalen Zusammenhang beweist) sowie vor allem die Tatsache, daß sich etwa die Hälfte der in diesen zwei (von insgesamt vier) Stadtbezirken aufgetretenen DKP-Kandidaten als Angehörige oder Absolventen der Universität/PH identifizieren läßt und größtenteils bereits dort hervorgetreten ist; stadtweit übertraf die DKP mit etwa 20 Kandidaten aus diesem Bereich alle anderen Parteien bei weitem⁷⁾. Dennoch kein Zusammenhang?

Anmerkung 26 weist nun auf einen angeblich eingetretenen „Einflußverlust des AstA“ hin. Allerdings wird nicht angedeutet, worin sich dieser zeigen soll. Die Machtprobe der „Streikwoche“ vom 7. bis 12. Dezember 1981 zumindest vermittelte einen anderen Eindruck. Da rief der AstA zu Urabstimmung (Erste Parole: „Keine Atomraketen in der BRD...“) und Streikvorbereitung auf; undogmatische linke

⁶⁾ Besonders wird in Anm. 14 an einer Zahlenangabe von 1977 Anstoß genommen. Daß diese etwa aus der Mitte der Universitätsgeschichte stammt und in Kontext auch zu einem Hinweis aus dem Jahre 1976 steht, übergeht die Kritik ebenso wie die Tatsache, daß erst im uni-info vom 23. 10. 1981 (zu spät für Vilmar/Rudzio) die neuen Daten über den Nichtabiturientenanteil publiziert wurden. Dieser Anteil soll heute 14% betragen, doch sollen es nun auch 1976/77 nur noch 21% gewesen sein, während das uni-info damals (21. 2. 1977) 32% angab!

⁷⁾ Nordwest-Zeitung, 31. 8. 1981, und verschiedene universitäre Publikationen. Zur weiteren in Anm. 27 angemeldeten Kritik stellt sich die Frage, welche „Außenkonflikte“ denn altruistisches Wahlverhalten des antimonopolistischen Blocks erzeugt haben sollen und wie sich die Marburger Kür erklärt.

Studenten und RCDS wandten sich gegen den „Streik“. Bei der Abstimmung, nach volksdemokratischem Muster ohne Wahlkabinen, sprachen sich (bei einer Beteiligung von 33%) 67% für den Streik aus, nach Adam Riese 22% aller Studierenden⁸⁾. Nichtsdestoweniger wurde die Aktion „der Studenten der Universität Oldenburg“ (so die Universitätsspitze) zu einem vollen Erfolg: Eilfertig hatte der Senat „allen Lehrenden empfohlen, am 11. Dezember in allen Veranstaltungen das Thema Frieden diskutieren zu lassen“, und der Streik wurde „offensichtlich auf breiter Ebene befolgt. Reguläre Veranstaltungen finden kaum noch statt...“⁹⁾. Der Pressesprecher der Universität schließlich erweckte — entgegen einem studentischen Leserbrief — in der Presse schließlich den unzutreffenden Eindruck, als habe es dabei keine Veranstaltungssprengung gegeben¹⁰⁾. Wirklich „Einflußverlust“ des AstA?

Tröstlicherweise nennt aber doch Anmerkung 18 neue Senatsbeschlüsse zu Ossietzky, die der geschilderten Instrumentalisierungstendenz nicht entsprechen. Gewiß: In den

nicht dem „antimonopolistischen Bündnis“ zuzuordnenden Gruppen besteht Stimmung für ein seriöseres Vorgehen in der Namensfrage, und diese Bemühungen sind keineswegs in DKP-Nähe zu rücken. Doch nicht zu übersehen ist, was tatsächlich läuft. Da zieht, auf den Ossietzky-Tagen der Universität Anfang 1981 vorgestellt, eine offiziöse Ossietzky-Wanderausstellung durch die Lande, entstanden in einer mehrsemestrigen Lehrveranstaltung „Frieden und Abrüstung“ (auswärtiger Mitarbeiter: Lorenz Knorr, Bundespräsidiumsmitglied der DFU). Diejenigen, die die Ausstellung zusammenstellten, berichten selbst, sie hätten die Ausstellungstexte „auf wichtige Problemkreise konzentriert wie: Bau des Panzerkreuzers A, ‚Blutmai‘ 1929 in Berlin, Reichspräsidentenwahlen 1932“¹¹⁾. Was bedeutet dies anderes als die bei Vilmar/Rudzio S. 24/25 beschriebene Akzentuierung Ossietzkys auf exakt die Punkte weiterzutreiben, in denen er sich den demokratischen Parteien der Weimarer Republik, insbesondere der SPD, entgegenstellen und in eine gemeinsame Front mit der KPD bringen läßt?

Gelassenheit oder administrative Maßnahmen — eine falsche Alternative

Schließlich meint Zilleßen, Darstellungen kommunistischen Einflusses zögen in der Bundesrepublik übermäßige Aufmerksamkeit auf sich — Folge einer spezifisch deutschen „Furcht vor einer kommunistischen Unterwanderung“, die zu administrativen Problemlösungen („Extremistenbeschuß“) tendiere. Statt dessen wird für eine Haltung der selbstsicheren „Gelassenheit“ plädiert (vgl. Abschnitt I. Kommunistische Unterwanderung: ein deutsches Problem, und Schlußabschnitt).

Demgegenüber ist zunächst festzustellen, daß Unterwanderungsbefürchtungen keine „Besonderheit“ allein der deutschen politischen Kultur sind. Man denke nur an die übersteigerten Ängste im Zeichen des McCarthyismus in den USA, ebenso wie etwa die britische Presse immer wieder auftauchende Befürch-

tungen über die Rolle verdeckt arbeitender kommunistischer Kreise (insbesondere Intellektueller) und kommunistischer Funktionäre in britischen Gewerkschaften erkennen läßt. Auch gibt es eine rechtlich meist schwer überprüfbare effektive Abschottung bestimmter — in der Tat nur einiger — staatlicher Dienstbereiche vor kommunistischen Bewerbern in anderen westlichen Demokratien¹²⁾.

Unabhängig davon besteht ein Problem kommunistischer Unterwanderung angesichts kommunistischer Aktionseinheitsstrategien, vor allem seit 1935, seit der Wendung der Komintern zu Volksfront- und des heutigen

⁸⁾ AstA der Carl-von-Ossietzky-Universität, Beteiligt Euch ... o. D. (Nov. 1981); uni-info, 9. 12. 1981.

⁹⁾ uni-info, 16. 11. und 9. 12. 1981.

¹⁰⁾ Nordwest-Zeitung, 19. und 28. 12. 1981.

¹¹⁾ Weitere Komplexe werden im uni-info vom 9. 6. 1981 nicht genannt. Vgl. ferner Päd Ol (GEW Oldenburg), April 1979, S. 5; Oldenburger Anzeiger 30. 4. 1981. Auch Vorgänge um den Ossietzky-Namenszug am Universitätsgebäude sprachen im November 1981 gegen Zilleßens Sicht.

¹²⁾ Vgl. Henri Ménudier, Extremistenabwehr in europäischen Nachbarstaaten, in: Wulf Schönbohm (Hrsg.), Verfassungsfeinde als Beamte?, München 1979, S. 252 ff.

Sowjetkommunismus zu „antimonopolistischen“ Bündnisstrategien, die sich auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus berufen. Gemeinsam ist ihnen allen eines: weitgehend verdecktes Vorgehen und Machtgewinnung von Minderheitenpositionen aus¹³⁾. Der Hintergrund ist die Tatsache, daß bisher nirgendwo eine Mehrheit für eine kommunistische Machtübernahme votiert hat. Solche haben aber dennoch stattgefunden, und wenn im März 1917 die Bolschewiki ganze 24 000 Mitglieder zählten oder kommunistische Orientierungen in nationalen Befreiungsbewegungen sich erst nach deren Machtübernahme entpuppten, illustriert dies die Relevanz aktiver Kader unter bestimmten historischen Umständen — abgesehen davon, daß weit vor einer Machtübernahme, politische Lähmungen einer Demokratie etwa im internationalen Zusammenhang (älteres Beispiel: Frankreich 1939/40) herbeigeführt werden können.

Gewiß folgt hieraus keine permanente Aktualität drohender kommunistischer Machtübernahme. Gerechtfertigt aber scheint doch Aufmerksamkeit wie auch der bei Vilmar/Rudzio

¹³⁾ Vgl. u. a. Wolfgang Leonhard, Sowjetideologie heute 2, Frankfurt-Hamburg 1962, S. 60 ff.; Wolfgang Rudzio, Zwischen marxistischer Politökonomie und Erfahrung — Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Michael Hereth (Hrsg.), Grundprobleme der Politischen Ökonomie, München 1977, S. 112 ff., hier S. 154/55.

zugrunde gelegte Unterwanderungsbegriff im Unterschied zu bloß quantitativen Betrachtungsweisen begründet ist. Problematisch andererseits wird vor diesem allgemeinen wie dem Oldenburger Hintergrund die von Zilleßen propagierte „Gelassenheit“, wie sie bereits bisher in der Universität Oldenburg praktiziert sein soll (siehe Schlußteil) — beinhaltete sie doch dort (mit entsprechenden Konsequenzen) geflissentliches Wegsehen, Zurückhaltung bei argumentativer offener Auseinandersetzung und partielle Würdigung der MSB/SHB-„Bearbeitung“ von Studienanfängern als Beitrag zur „Integration der Studienanfänger in die Universität“.

Was statt dessen notwendig wäre: eine aktive und argumentative Auseinandersetzung und Beschäftigung mit kommunistischen Einflußstrategien, wird von Zilleßen schließlich locker in „unmittelbaren Zusammenhang“ mit primär administrativer Abwehr gerückt, so als ob dies zusammengehöre und *die* Alternative zur „Gelassenheit“ darstelle. Eine derartige Alternativenbildung findet jedoch weder im Text von Vilmar/Rudzio eine Grundlage¹⁴⁾ noch ist sie logisch zwingend; eher könnte das Gegenteil der Fall sein.

¹⁴⁾ In Ossip K. Flechtheim/Wolfgang Rudzio/Fritz Vilmar/Manfred Wilke, Der Marsch der DKP durch die Institutionen, Frankfurt a. M. 1981², S. 9, ist übrigens auch explizit gegen Tendenzen zu administrativen Problemlösungen Stellung genommen.

Claudia Billotet-Hoffmann, Brigitte Demes, Margot Gebhardt-Benischke, Sigrid Metz-Göckel, Brigitte Neber, Anne Schlüter: Arbeitsplatz Hochschule: Frauen in Forschung und Lehre

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/82, S. 3—12

Warum äußern gerade Wissenschaftlerinnen gegenwärtig heftige Kritik an ihren Arbeitsbedingungen? Ein Überblick macht deutlich, daß Frauen in der wissenschaftlichen Berufstätigkeit nicht wesentlich an Terrain gewonnen haben. Trotz steigender Studentinnenzahlen blieb der Anteil der Hochschullehrerinnen an der Professorenschaft im Bundesdurchschnitt bei 3% stehen. Anlaß zur Kritik ist aber besonders die Prognose, daß sich dieser Anteil von Frauen in der Zukunft nicht erhöhen wird. Im Gegenteil: Bei dem zu erwartenden Tempo des Hochschulbaus und den verschärften Konkurrenzbedingungen werden Frauen nicht nur nicht aufsteigen, sondern verstärkt aus den Hochschulen herausgedrängt werden. Da Frauen allenfalls im Mittelbau und hier insbesondere auf den befristeten Stellen in nennenswerter Zahl vertreten sind, steht eher eine Vertreibung der Frauen aus der Wissenschaft an als eine systematische Förderung. Die Überleitungsverfahren in einigen Bundesländern, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, belegen diese Tendenz.

Neu an der Emanzipationsdiskussion unter den Wissenschaftlerinnen ist der Entwurf eines Lebens, in dem wissenschaftliche Arbeit als Beruf und Familienarbeit miteinander verbunden sind. Daher ist die Situation von Müttern mit Kleinkindern an den Hochschulen ein besonderes Problem, da die Bedingungen, unter denen sie sich weiterqualifizieren, denen ihrer männlichen Kollegen allenfalls formal gleichen. Ein anderer Gesichtspunkt ist die Erkenntnis, daß sich an den Inhalten und Formen der wissenschaftlichen Arbeit durch das Hinzukommen von Frauen als Wissenschaftlerinnen bisher nicht viel geändert hat, wohl auch die Starrheit und ausschließlich männliche Sichtweise es verhindert hat, Probleme aus dem weiblichen Lebenszusammenhang aufzugreifen. Durch den Aufbau einer eigenen wissenschaftlichen Infrastruktur und von alternativen Bezugsgruppen für Frauen bahnen sich jetzt einige Änderungen im Wissenschaftsverständnis von Frauen an, deren deutlichstes Kennzeichen die Entwicklung von Frauenforschung und Frauenstudien ist. Für ihre Förderung setzen sich die Wissenschaftlerinnen des Arbeitskreises von Nordrhein-Westfalen besonders ein.

Horst Zilleßen: Was heißt hier eigentlich kommunistische Unterwanderung? Ein Beitrag über selektive Wahrnehmungen und objektive Tatbestände an der Universität Oldenburg

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/82, S. 14—23

In der Auseinandersetzung mit der These von Vilmar/Rudzio, die Universität Oldenburg sei aufgrund der politischen Apathie ihrer Mitglieder kommunistisch unterwandert worden (vgl. Beilage B 46/81), wird diese These als unhaltbar zurückgewiesen. Die Autoren gehen zum einen von falschen theoretischen Voraussetzungen aus, indem sie den Maßstab der politischen Apathie ungeprüft auf den Hochschulbereich anwenden. Sie übergangen zum anderen völlig die tatsächliche und anhand der Ergebnisse der in zweijährigem Rhythmus stattfindenden Gremienwahlen auch nachprüfbar politische Entwicklung der Universität Oldenburg. Diese Entwicklung zeigt in zweifacher Hinsicht das Gegenteil dessen, was Vilmar/Rudzio zu diagnostizieren versuchten: sie ist statt durch politische Apathie durch ein hohes Maß an politischer Beteiligung gekennzeichnet, und sie belegt daher zugleich, daß kommunistische Einflußversuche auf politischem Wege erfolgreich abgewehrt werden können.

Wolfgang Rudzio: Rauch — aber kein Feuer? Zu kommunistischen Einflußstrategien an der Universität Oldenburg. Eine Antwort auf den Beitrag von H. Zilleßen.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/82, S. 25—29

Nach Meinung des Autors widerlegt der Beitrag Zilleßens „Was heißt hier eigentlich kommunistische Unterwanderung?“ in keiner Weise die in Fritz Vilmar/Wolfgang Rudzio: „Politische Apathie und Kaderpolitik“ (Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/81), gegebene Darstellung der kommunistischen Einflußstrategien an der Universität Oldenburg. Nach wie vor wird eine aktive und argumentative Auseinandersetzung auf diesen Einflußstrategien vermißt. Nur so konnte auch eine Verlagerung dieser notwendigen Auseinandersetzung allein auf eine administrative Ebene („Radikalenerlaß“) vermieden werden.